



Wortprotokoll

der 94. Sitzung vom 24. Oktober 1973

Resoconto integrale

della seduta n. 94 del 24 ottobre 1973

VI. Legislatur
VI legislatura
1968 - 1973



CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE SÜDTIROLER LANDTAG

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

VI^a Legislatura
VI. Gesetzgebungsperiode

SEDUTA 94.^a SITZUNG 24 - 10 - 1973

INDICE - INHALTSANGABE

- | | |
|--|--|
| Disegno di legge provinciale n. 219/73: «Modifiche all'ordinamento del personale addetto alla formazione professionale» (Artt. 22 e 23) . pag. 3 | Landesgesetzentwurf Nr. 219/73: „Änderungen der Personaldienstordnung der Berufsausbildung“ (Art. 22 und 23) Seite 3 |
| Disegno di legge provinciale n. 221/73: «Misure di emergenza in agricoltura» pag. 4 | Landesgesetzentwurf Nr. 221/73: „Maßnahmen bei Notfällen in der Landwirtschaft“ . . . Seite 4 |
| Disegno di legge provinciale n. 222/73: «Modifiche e integrazioni alla legge provinciale 11.7.1972, n. 14, ed altre disposizioni in materia di contabilità» pag. 7 | Landesgesetzentwurf Nr. 222/73: „Abänderungen und Ergänzungen zum Landesgesetz Nr. 14 vom 11.7.1972 und andere Verfügungen bezüglich der Buchhaltung“ Seite 7 |
| Disegno di legge provinciale n. 224/73: «Autorizzazione all'esercizio provvisorio del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1974» . pag. 10 | Landesgesetzentwurf Nr. 224/73: „Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsgebarung für das Finanzjahr 1974“ Seite 10 |
| Disegno di legge provinciale n. 225/73: «Norme per l'ulteriore utilizzo o trasferimento del patrimonio e dei relativi rapporti giuridici dell'Ente Nazionale per le Tre Venezie, trasferito alla Provincia di Bolzano» pag. 12 | Landesgesetzentwurf Nr. 225/73: „Bestimmungen zum weiteren Gebrauch oder Übertragung des Immobilienbesitzes und der bezüglichen juristischen Verhältnisse des „Ente Nazionale per le Tre Venezie“, der der autonomen Provinz Bozen übertragen wurde“ Seite 12 |
| Disegno di legge provinciale n. 226/73: «Concessione di un contributo straordinario al Comune di Bolzano per opere di viabilità» pag. 20 | Landesgesetzentwurf Nr. 226/73: „Gewährung eines außerordentlichen Beitrages an die Gemeinde Bozen für Verkehrsbauten“ Seite 20 |
| Disegno di legge provinciale n. 227/73: «Autorizzazione di un nuovo limite di spesa per l'esecuzione di un piano di intervento finanziario per agevolare la realizzazione di opere pubbliche in base alla legge provinciale 29.8.1972, n. 28» pag. 26 | Landesgesetzentwurf Nr. 227/73: „Ermächtigung einer neuen Ausgabengrenze für die Durchführung eines Finanzierungsprogrammes zur Erleichterung der Ausführung von öffentlichen Arbeiten, aufgrund des Landesgesetzes Nr. 28 vom 29.8.1972“ Seite 26 |
| Delibera n. 4336 della Giunta provinciale del 22.10.1973: «Proposta impugnazione avanti la Corte Costituzionale dell'art. 74 del D. P. R. 29.9.1973, n. 600» pag. 28 | Beschluß der Landesregierung vom 22.10.1973, Nr. 4336: „Vorschlag zur Anfechtung vor dem Verfassungsgerichtshof des Art. 74 des D. P. R. 29.9.1973, Nr. 600“ Seite 28 |

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dr. Robert v. FIORESCHY

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.20 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.

NICOLODI (Vizepräsident - PSI): (*Appello nominale, lettura del processo verbale - Namensaufruf, Verlesung des Sitzungsprotokolls*).

PRÄSIDENT: Bemerkungen zum Sitzungsprotokoll? Keine. Osservazioni al processo verbale? Nessuna. Das Sitzungsprotokoll ist genehmigt.

Wir sind bei Art. 22 des Landesgesetzentwurfes Nr. 219/73: „**Änderungen der Personaldienstordnung der Berufsausbildung**“.

Siamo rimasti all'art. 22 del disegno di legge provinciale n. 219/73: «**Modifiche all'ordinamento del personale addetto alla formazione professionale**».

Zu diesem Artikel ist ein Abänderungsantrag von den Landesräten Zelger und Dalsass eingereicht worden, mit dem Begehren, daß derselbe gestrichen werde. Gli Assessori Dalsass e Zelger propongono di stralciare l'articolo 22.

Das Wort hat Assessor Zelger.

ZELGER (Assessor für Schulwesen und Kultur - S.V.P.): Dieser Art. 22, der von der Kommission auf Wunsch des Landesausschusses eingefügt worden ist, soll nun wiederum zur Gänze herausgenommen werden. Worum geht es hier? Es geht hier um folgendes: Wir hatten bis zum vorigen Jahr verschiedene Gesetze im Sektor Berufsschulwesen, mit welchen die Fürsorge im Rahmen der Berufsausbildung geregelt wurde; Gesetze, welche die Beiträge für Lehrlinge regelten, Gesetze, welche die Fahrtspesen für Lehrlinge, für Kursteilnehmer usw. regelten. Alle diese Gesetze sind in einem Ein-

heitsgesetz im Dezember 1972 außer Kraft gesetzt worden. In diesem Einheitsgesetz sind Bestimmungen vorgesehen, welche die Ausgaben gemäß diesem Einheitstext hätten regeln sollen. Dieses Reglement ist von einer Kommission ausgearbeitet worden und wird in den nächsten Tagen vom Landesausschuß genehmigt. Nun hat sich die Schwierigkeit ergeben, daß in Ermangelung dieses Reglements die Befürchtung aufgetaucht ist, daß keine Ausgaben für das laufende Schuljahr im Rahmen der Fürsorge getätigt werden können. Deshalb hatte man hier einen Artikel eingeschoben, mit dem man sagt, daß die Ausgaben, die heuer auf dem Fürsorgeartikel 396 des Berufsschulwesens vorgesehen sind, bis das Reglement kommt nach den Prozeduren der vorhergehenden Jahre getätigt werden sollen. Das ist gut gemeint gewesen, auch von mir, da ich es vorgeschlagen habe, aber es stellt sich nun heraus, daß wir nach dem Verfahren der vorhergehenden Jahre nicht mehr „marschieren“ können, weil es auf vorhergehenden Gesetzen beruht, die wir selbst außer Kraft gesetzt haben. Somit muß also dieser gesamte Artikel fallen gelassen werden. Die Folgerung daraus ist, daß dieses Reglement sofort genehmigt und vom Rechnungshof gebilligt werden muß. Deshalb würde ich vorschlagen, diesen Artikel zu streichen.

PRÄSIDENT: Wünscht noch jemand das Wort? Niemand. Ich lasse über den Abänderungsantrag abstimmen: mehrheitlich mit einer Enthaltung angenommen.

Art. 23

Per l'attuazione della presente legge è prevista una maggiore spesa annua di lire 10 milioni a partire dall'esercizio finanziario 1973.

Alla copertura dell'onere di lire 10 milioni a carico dell'esercizio finanziario 1973 si fa fronte mediante riduzione di pari importo del fondo iscritto al cap. 2480 dello stato di previsione della Spesa — Tabella B — per l'esercizio finanziario corrente.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Wer wünscht das Wort zur Stimmabgabe? Niemand. Ich bitte die Stimmzettel zu verteilen. Pre-go di distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - Geheime Abstimmung).

Ergebnis der Abstimmung: 19 abgegebene Stimmen, 17 Ja-Stimmen, 2 weiße Stimmzettel. Esito della votazione: 19 votanti, 17 sì, 2 schede bianche. Das Gesetz ist genehmigt.

Punkt 10 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 221/73: „Maßnahmen bei Notfällen in der Landwirtschaft“.*

Punto 10) all'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 221/73: «Misure di emergenza in agricoltura».*

(Bericht des Landesausschusses, eingebracht vom Assessor Dalsass - relazione della Giunta provinciale presentata dall'Assessore Dalsass).

Die allgemein bekannten Strukturveränderungen in der Landwirtschaft, die ständig ansteigenden Preise der landw. Produktionsmittel, der Löhne und Gehälter und insbesondere die sichtbaren Folgen der Abwanderung aus der Landwirtschaft bewirken ohne Zweifel eine gewisse Unsicherheit in der Erhaltung der bäuerlichen Existenz.

Wenn nun das ohnehin niedrige Einkommen einer kleinbäuerlichen Familie durch Unwetterschäden oder Viehverluste, durch Brand oder andere Einflüsse höherer Gewalt vermindert oder beeinträchtigt wird, dann kann aus einer gewissen bestehenden Existenzunsicherheit eine unmittelbare Existenzgefahr werden.

Dies gilt in ganz besonderem Maße bei Beschädigung von landwirtschaftlichen Infrastrukturen, sodaß für solche Fälle eine Sonderregelung vorgesehen ist.

Hinsichtlich der Folgen, die sich aus der Einwirkung höherer Gewalt ergeben, liegen schon jahrelange Erfahrungen vor.

Diese lassen nicht zuletzt auch darauf schließen, daß die Anzahl der in Not geratenen kleinbäuerlichen Familien sich im langjährigen Jahresdurchschnitt nicht wesentlich verändert; wohl aber steigen die Erfordernisse im Hinblick auf die Höhe der zu gewährenden Notstandsbeihilfen.

Die diesbezüglichen bisherigen Hilfsmaßnahmen der Südtiroler Landesregierung wurden im Rahmen eines Haushaltsansatzes ohne eigene gesetzliche Regelung getroffen.

Trotz dieser Unsicherheit in der Rechtslage wurden durch die unbedingten Erfordernisse jährlich durchschnittlich 450 Ansuchen bearbeitet und von diesen rund 300 positiv erledigt.

Wenn man die durchschnittliche Höhe der gewährten Beihilfen in 5-Jahresperioden auf- und einteilt, können daraus wichtige Schlüsse gezogen werden.

Im Zeitraum 1960 bis 1965 betrug z.B. die durchschnittliche Beihilfe pro Ansuchen Lire 53.000.—, im Zeitraum 1966 bis 1970 Lire 117.000.—, und im Zeitraum 1971-1972 Lire 135.000.—. Diese Tatsache zeigt also die Tendenz zu stärkerer Auslese mit der notwendigen Folge des wirkungsvolleren Einsatzes der ohnehin kleinen finanziellen Hilfsmaßnahmen. In dieser Richtung wird in Zukunft noch mehr getan werden, so daß dem tatsächlich Gefährdeten auch wirkungsvoll geholfen wird.

Bei der bisherigen Größenordnung der Beihilfen kann man sicher noch nicht von wirkungsvollen Hilfsmaßnahmen sprechen. Für die einzelne kleinbäuerliche Familie bedeutet jedoch der Erhalt auch einer kleinen Beihilfe eine wirtschaftliche und moralische Stütze, die dazu angetan ist, die momentane schwere wirtschaftliche Situation leichter zu bewältigen und zu überwinden.

Dem Gesetzentwurf liegt also der Gedanke zu Grunde, in allen Notsituationen mit Beihilfen zu intervenieren, sofern die Ursachen der Notlage außerhalb des menschlichen Einflußbereiches liegen, also der höheren Gewalt zuzuschreiben sind.

Die vorgesehenen Maßnahmen bei Notfällen in der Landwirtschaft können weder als Schadensvergütung noch als Einsatz zur Behebung eines Schadens, sondern lediglich als Beihilfe zur Über-

brückung einer momentanen Notlage angesehen werden. Demzufolge kann also eine Notstandsbeihilfe, ausgenommen die Beihilfen im Sinne des Art. 2, die Gewährung von wirklichen Förderungsbeiträgen weder präjudizieren noch ausschließen.

Mit vorliegendem Gesetzentwurf soll also eine schon lange als unangenehm empfundene Lücke geschlossen und die Voraussetzung geschaffen werden, bei objektiver Feststellung von Notlagen bei kleinbäuerlichen Familien entsprechend zu helfen. Damit ist gleichzeitig ein weiterer Schritt zur Sicherung der bäuerlichen Existenz und indirekt zur Erhaltung der Funktionalität des ländlichen Raumes getan.

I noti cambiamenti di struttura nell'agricoltura, il continuo aumento dei prezzi dei mezzi di produzione agricoli, dei salari e degli stipendi e specialmente le conseguenze evidenti dell'emigrazione dall'agricoltura producono senza dubbio una certa insicurezza per il mantenimento dell'esistenza contadina.

Se il reddito di una famiglia di piccoli coltivatori diretti, che è già molto basso in partenza, viene diminuito o addirittura annullato da tempeste, perdita di bestiame, da incendi oppure da altre cause di forza maggiore, allora questa insicurezza può tramutarsi in acuto pericolo di esistenza.

Questo vale in modo particolare nel caso di danneggiamento di infrastrutture agricole, cosicché per questi casi è stato previsto un regime particolare.

Nel corso di molti anni si è potuto fare delle esperienze per quanto riguarda le conseguenze di eventi di forza maggiore. Queste esperienze fanno presumere che nella media pluriennale non ci sono notevoli variazioni nel numero delle famiglie che incorrono in stati di emergenza. Aumentati dovrebbero invece essere i mezzi a disposizione per misure di emergenza. Finora la Giunta provinciale ha concesso sussidi in base a stanziamenti di bilancio senza apposita regolamentazione legale. Ciò nonostante sono state trattate annualmente in media 450 domande e tra queste in media ne sono state accolte 300.

Nel periodo dal 1960 al 1965 il sussidio medio era di L. 53.000, nel periodo dal 1966 al 1970 di L. 117.000 e nel 1971-1972 di L. 135.000.

Queste cifre fanno intravedere la tendenza ad una più accentuata selezione con la conseguenza dell'impiego più efficiente dei modesti mezzi disponibili. Questa tendenza dovrà ancora accentuarsi in futuro per poter efficientemente portare un aiuto in casi di vero pericolo.

Considerando l'importo medio dei sussidi finora concessi, non si può ancora parlare di aiuti efficienti. Però per la singola famiglia di piccoli coltivatori anche un modesto sussidio rappresenta un aiuto economico e morale per poter meglio superare una momentanea difficile situazione economica.

Alla base del disegno di legge sta dunque l'idea di intervenire con sussidi in tutte le situazioni di emergenza, le cause delle quali sono fuori dalla sfera di controllo umano, sono cioè causate da forza maggiore.

Le previste misure di emergenza in agricoltura non sono da considerare come indennizzi o come contributi per la riparazione di danni subiti, ma semplicemente come sussidi per il superamento di un momentaneo stato di emergenza. Per questa ragione la concessione di un sussidio ai sensi del presente disegno di legge, salvo i sussidi di cui all'art. 2, non pregiudicano e non escludono la concessione di contributi di altro genere.

Mediante il presente disegno di legge si vorrebbe dunque riempire una lacuna sentita già da tempo e si vorrebbero creare i presupposti per poter intervenire adeguatamente in casi di bisogno oggettivamente verificati. In questo modo si fa anche un altro passo verso la stabilizzazione dell'esistenza contadina e indirettamente verso la conservazione della funzionalità del territorio rurale.

Die zweite Gesetzgebungskommission hat den Gesetzesantrag einstimmig genehmigt und daher ist der Bericht überflüssig. Bericht der dritten Kommission.

MAYR (Sekretär - S.V.P.): Die dritte Gesetzgebungskommission ist am 18. Oktober 1973 zusammengetreten, um das Finanzgutachten zum Landesgesetzentwurf „Massnahmen bei Notfällen in der Landwirtschaft“ abzugeben.

In Übereinstimmung mit der vorher an der Abänderung zum Haushalt 1973 vorgenommenen

Änderung, hat die Kommission einstimmig die Kürzung des im Art. 5 des Gesetzentwurfes vorgesehenen Ansatzes von 100 Millionen auf 80 Millionen Lire genehmigt.

Nach Feststellung der finanziellen Deckung der obgenannten Ausgabe hat die Kommission stimmenmehrheitlich bei einer Enthaltung das zustimmende Finanzgutachten zum Gesetzentwurf abgegeben.

La terza Commissione legislativa si è riunita il giorno 18 ottobre 1973 per dare il suo parere finanziario sul disegno di legge provinciale: «Misure di emergenza in agricoltura».

In conformità alla modifica apportata alla variazione di bilancio 1973, precedentemente approvata, la Commissione ha approvato all'unanimità la riduzione dello stanziamento, previsto all'art. 5 del disegno di legge, da lire 100 milioni a lire 80 milioni.

Accertata, quindi, la copertura finanziaria della sopraccitata spesa, la Commissione ha espresso a maggioranza con un'astensione il suo parere favorevole al disegno di legge.

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Generaldebatte. Wer wünscht das Wort? Abg. Neuhauser.

NEUHAUSER (S.V.P.): Wir haben schon in der Kommission an den zuständigen Assessor eine Bitte gerichtet, die wir auf die gesamte Landesregierung ausdehnen möchten, und zwar daß diese Hilfen auf schnellstem Wege und so unbürokratisch als möglich gegeben werden, weil Notstandshilfen, die man erst nach einem Jahr erhält, nicht mehr den Zweck erfüllen und auch nicht mehr die moralische Stütze bieten, die sie darstellen würden, wenn sie gleich gegeben werden.

DALSASS (Assessor für Landwirtschaft und Forstwesen - S.V.P.): Ich möchte zu den Ausführungen des Kollegen Neuhauser Stellung nehmen und das wiederholen, was ich bereits in der Kommission gesagt habe. Es ist unser Bestreben und unsere Absicht, diese Hilfen den betroffenen Leuten auf schnellstem Wege zukommen zu lassen. Leider muß ich sagen, daß der bürokratische Weg manchmal einige Zeit erfordert, denn man kann die Gelder nicht aus-

zahlen bevor der entsprechende Beschluß vom Rechnungshof nicht registriert wurde. Wir brauchen sicher nicht ein Jahr; es läßt sich alles in wenigen Monaten, leider sind es Monate, abwickeln. Ich werde versuchen, den schnellsten Weg zu beschreiten, der bürokratisch nur möglich ist. Eine unmittelbare Auszahlung ist nicht möglich, denn es geht der Zahlungsauftrag nicht durch, bevor nicht der Rechnungshof seinen „Senf“ dazugegeben hat.

PRÄSIDENT: Wünscht noch jemand das Wort? Chi chiede ancora la parola? Niemand. Nessuno. Wir stimmen über den Übergang zur Diskussion der einzelnen Artikel ab: einstimmig angenommen.

Art. 1

La Provincia autonoma di Bolzano è autorizzata a concedere a famiglie di coltivatori diretti e loro associazioni sussidi allo scopo di mitigare uno stato di bisogno derivante da cause di forza maggiore che colpiscono in misura sensibile l'azienda agricola.

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 2

Se uno stato di bisogno deriva dalla distruzione di importanti infrastrutture per causa di forza maggiore, può essere concesso un sussidio fino alla misura del 100% delle spese necessarie per la loro riparazione.

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 3

L'interessato colpito dallo stato di bisogno può indirizzare la domanda per la concessione del sussidio alla Giunta provinciale, nella quale deve essere compresa una breve descrizione della situazione, delle cause e del danno.

Le indicazioni contenute nella domanda devono essere confermate dal sindaco competente.

Allo scopo di controllare queste indicazioni, l'Assessorato all'agricoltura e foreste è autorizzato a raccogliere tutte le necessarie informazioni e di effettuare dei sopralluoghi.

Su proposta dell'Assessore all'agricoltura e foreste, la Giunta provinciale delibera sulla concessione e sulla misura del sussidio.

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Ich bringe den Art. 3 zur Abstimmung: einstimmig angenommen.

Art. 4

Disposizione transitoria

Le domande pervenute entro l'anno 1973 prima dell'entrata in vigore di questa legge, possono essere trattate secondo le norme di questa legge.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 5

Per l'attuazione della presente legge è autorizzata la spesa di lire 80.000.000 a carico dell'esercizio finanziario 1973.

Per gli esercizi finanziari successivi lo stanziamento, nei limiti annuali di cui al precedente comma, sarà fissato con legge di bilancio.

Alla copertura dell'onere di 80.000.000, a carico dell'esercizio finanziario in corso, si provvede con le disponibilità dello stanziamento iscritto al cap. 3210 del bilancio 1973 — tabella B — uscite.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Wünscht jemand das Wort zur Stimmabgabe? Niemand. Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno. Dann bitte ich die Stimmzettel zu verteilen.

(Votazione per scrutinio segreto - Geheime Abstimmung).

Ergebnis der Abstimmung: 14 abgegebene Stimmen, 12 Ja-Stimmen, 2 weiße Stimmzettel. Esito della votazione: 14 votanti, 12 sì, 2 schede bianche. Das Gesetz ist genehmigt.

Wir gehen nun zum Punkt 11 der Tagesordnung über: *Landesgesetzentwurf Nr. 222/73: „Abänderungen und Ergänzungen zum Landesgesetz Nr. 14 vom 11.7.1972 und andere Verfügungen bezüglich der Buchhaltung“.*

Punto 11) all'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 222/73: «Modifiche ed integrazioni alla L. P. 11.7.1972, n. 14 ed altre disposizioni in materia di contabilità».*

(Relazione della Giunta elaborata dall'assessore Pasqualin - Bericht der Landesregierung, vorgelegt vom Assessor Pasqualin).

Signori Consiglieri,

con la legge provinciale 11.7.1972, n. 14, veniva disciplinata l'esecuzione dei servizi provinciali in economia e veniva istituita presso l'Amministrazione provinciale la commissione consultiva per gli acquisti e le forniture.

Con il presente disegno di legge si intende perfezionare la disciplina di questa materia in seguito all'assunzione da parte della Provincia di competenze fino ad ora regolate da legge statale o regionale.

Gli adattamenti che si propongono e la migliore interpretazione di alcuni articoli della legge provinciale sopra richiamata, consentiranno di superare le attuali difficoltà incontrate nell'esercizio delle relative funzioni amministrative.

Mentre con gli articoli 1, 2 e 3 del presente disegno di legge viene integrata la normativa prevista all'art. 3 della legge provinciale 11.7.1972, n. 14, per quanto riguarda l'esecuzione di servizi in economia da parte di funzionari o economi provinciali, con l'art. 4 viene stabilito che le disposizioni della medesima legge provinciale si applicano anche al personale ed agli uffici regionali, messi a disposizione della Provincia.

Con l'art. 5, rinviando ad una futura legge provinciale la disciplina organica dell'amministrazione del patrimonio e della contabilità generale della Provincia, si dettano alcune disposizioni dirette a facilitare le operazioni di gestione e di chiusura della contabilità del bilancio provinciale.

Si raccomanda ai signori Consiglieri l'approvazione dell'allegato disegno di legge.

Geehrte Ratsmitglieder!

Mit Landesgesetz Nr. 14 vom 11.7.1972 wurde die Ausführung der Provinzialdienste in Eigenregie geregelt und es wurde bei der Landesverwaltung die beratende Kommission für die Ankäufe und die Lieferungen geschaffen.

Mit gegenwärtigem Gesetzentwurf will man die Regelung dieser Materie vervollständigen, nachdem

die Provinz Zuständigkeiten aufgenommen hat, die bis jetzt durch Staatsgesetze oder Regionalgesetze geregelt waren.

Die Anpassungen, die man vorschlägt und die bessere Auslegung einiger Artikel des obgenannten Landesgesetzes werden es ermöglichen, die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die bei der Ausübung der gegenständlichen Verwaltungsfunktionen angetroffen wurden, zu beseitigen.

Während mit den Artikeln 1, 2 und 3 des gegenwärtigen Landesgesetzentwurfes die vom Artikel 3 des L. G. Nr. 14 vom 11.7.1972 vorgesehene Gesetzgebung in Bezug zur Ausübung der Dienste in Eigenregie von Seiten der Beamten und der Landesverwalter ergänzt werden, wird mit dem Artikel 4 festgelegt, dass die Verfügungen jenes Gesetzes auch auf das Personal und die Regionalämter, die der Provinz zur Verfügung gestellt wurden, ausgestreckt werden.

Mit Artikel 5 verweist man auf ein zukünftiges Landesgesetz, das die Verwaltung und die Buchführung der Provinz organisch regeln wird. Ausserdem werden auch einige Verfügungen zur leichteren Führung dieser Tätigkeit und für den Abschluss der Landesbilanz angeben.

Die Herren Ratsmitglieder werden gebeten, den gegenständlichen Gesetzentwurf zu genehmigen.

La parola al vicepresidente della terza Commissione legislativa, avv. Agostini.

AGOSTINI (P.L.I.): La terza Commissione legislativa si è riunita il giorno 23 ottobre 1973 per esaminare il suindicato disegno di legge.

La Commissione ha espresso la sua ferma protesta per il sistema adottato dalla Giunta provinciale nel presentare all'ultimo momento i recenti disegni di legge, non permettendo così un necessario minimo esame degli stessi da parte dei commissari.

Dopo l'illustrazione dell'Assessore, la Commissione ha approvato a maggioranza con due astensioni i singoli articoli del disegno di legge e con la medesima votazione ha approvato gli emendamenti, qui sotto riportati, presentati dalla Giunta:

art. 1: primo comma, dopo le parole «detti servizi» inserire «compresa, ove trattasi di lavori, l'assunzione del relativo personale operaio»;

art. 3: terzo comma: stralciare l'ultimo periodo;

art. 5: sostituire il secondo comma con la seguente dizione:

«Tutti i pagamenti di spese a carico del bilancio provinciale sono eseguiti mediante mandato di pagamento emesso dalla Ragioneria della Provincia. I mandati di pagamento sono firmati dal Presidente della Giunta provinciale o da un Assessore da esso delegato; dal Segretario della Giunta provinciale e dal capo della ragioneria della Provincia o da sostituti da nominarsi con decreto del Presidente della Giunta provinciale».

Il disegno di legge nel suo complesso è stato approvato a maggioranza con due astensioni.

Die dritte Gesetzgebungskommission ist am 23. Oktober 1973 zusammengetreten, um obgenannten Gesetzentwurf zu beraten.

Die Kommission hat entschieden gegen das von der Landesregierung angewandte System protestiert, im letzten Augenblick die jüngsten Gesetzentwürfe einzubringen, so daß den Kommissionsmitgliedern nicht die Möglichkeit einer auf das Wesentlichste beschränkten Prüfung gegeben ist.

Nach Erläuterungen des zuständigen Landesrates hat die Kommission mit Stimmenmehrheit bei zwei Enthaltungen die einzelnen Artikel der Gesetzesmaßnahme sowie die nachstehenden, von der Landesregierung vorgelegten Abänderungsanträge, genehmigt:

Art. 1: Abs. 1: nach den Worten «detti servizi» sind die Worte «compresa, ove trattasi di lavori, l'assunzione del relativo personale operaio» einzufügen;

Art. 3: Abs. 3: der letzte Satz ist zu streichen;

Art. 5: der zweite Absatz ist durch folgenden zu ersetzen:

«Tutti i pagamenti di spese a carico del bilancio provinciale sono eseguiti mediante mandato di pagamento emesso dalla Ragioneria della Provincia. I mandati di pagamento sono firmati dal Presidente della Giunta provinciale o da un Assessore da esso delegato; dal Segretario della Giunta provinciale e dal capo della Ragioneria della Provincia o da sostituti da nominarsi con decreto del Presidente della Giunta provinciale».

Der Gesetzentwurf wurde gesamtinhaltlich mit Stimmenmehrheit bei zwei Enthaltungen genehmigt.

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Generaldebatte zum Gesetzesantrag. Wer wünscht das Wort? Chi chiede la parola nella discussione generale? Nessuno. Niemand. Die Generaldebatte ist somit abgeschlossen.

Wir stimmen über den Übergang zur Diskussion der einzelnen Artikel ab: einstimmig angenommen.

Art. 1

I funzionari o gli economi preposti ad uffici per i servizi di cui all'art. 1 della legge provinciale 11 luglio 1972, n. 14, sono autorizzati ad eseguire direttamente detti servizi, compresa, ove trattasi di lavori, l'assunzione del relativo personale operaio, previa deliberazione della Giunta provinciale, con conseguente ordinazione e liquidazione delle corrispondenti spese.

Al pagamento delle spese può provvedere direttamente l'Amministrazione provinciale oppure il funzionario o economo ove sia in possesso di anticipazione di cassa concessa ai sensi del successivo art. 3.

Il pagamento delle fatture oppure il rimborso al funzionario o economo di rendiconti relativi a spese autorizzate ai sensi del primo comma del presente articolo avviene mediante emissione di mandato di pagamento, tratto sull'apposito capitolo del bilancio provinciale, previo riscontro di regolarità della documentazione da parte della ragioneria della Provincia, senza nuova deliberazione della Giunta provinciale.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 2

Nel limite di lire 500.000 per ogni singola spesa e per spese di carattere obbligatorio ed indilazionabile anche oltre detto limite di importo, l'autorizzazione della Giunta provinciale all'esecuzione in economia del servizio potrà essere successiva.

In tal caso l'esecuzione del servizio con l'ordinazione della spesa, e per il funzionario dotato del fondo di anticipazione di cassa di cui al successivo art. 3, anche la liquidazione ed il pagamento, è fatta sotto la personale responsabilità del funzionario o economo fino ad avvenuta approvazione della spesa da parte della Giunta provinciale.

Le fatture oppure i rendiconti dei funzionari o economi concernenti l'utilizzo del fondo di anticipazione di cassa per spese ordinate ai sensi del presente articolo, con gli allegati documenti giustificativi, sono sottoposti al riscontro della ragioneria della Provincia ed all'approvazione della Giunta provinciale, la quale con la medesima deliberazione dispone il pagamento rispettivamente il rimborso, con imputazione della spesa all'apposito capitolo del bilancio provinciale.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 3

La Giunta provinciale è autorizzata a concedere con propria deliberazione un fondo di anticipazione di cassa con imputazione su apposito capitolo del titolo IV della spesa del bilancio provinciale, per l'importo ragguagliato all'entità del servizio da svolgere in economia, oltre che all'impiegato preposto al servizio di economato provinciale, anche ad altri propri dipendenti od incaricati, preposti ad uffici o servizi distaccati o periferici per gli scopi di cui ai precedenti articoli.

Il fondo di anticipazione di cassa può essere reso disponibile in conto corrente bancario ed i relativi interessi maturati sono introitati nel bilancio provinciale.

Il funzionario o economo in possesso di anticipazione di cassa è personalmente responsabile della somma anticipatagli e dei pagamenti eseguiti utilizzando detta somma.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 4

L'art. 8 della legge provinciale 11 luglio 1972, n. 14, è sostituito dal seguente:

«Le disposizioni della presente legge si applicano anche al personale regionale messo a disposizione della Provincia ai sensi dell'art. 52 del decreto del Presidente della Giunta regionale 1 febbraio 1973, n. 49».

Gli artt. 3 e 5 della legge provinciale 11 luglio 1972, n. 14, sono soppressi.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 5

Fino a quando non sarà emanata la legge provinciale sull'amministrazione del patrimonio e la contabilità generale della Provincia, fermo restando le altre norme vigenti in materia, si applicano le seguenti disposizioni.

Tutti i pagamenti di spese a carico del bilancio provinciale sono eseguiti mediante mandato di pagamento emesso dalla ragioneria della Provincia. I mandati di pagamento sono firmati dal Presidente della Giunta provinciale o da un Assessore da esso delegato; dal Segretario della Giunta provinciale e dal capo della ragioneria della Provincia o da sostituti da nominarsi con decreto del Presidente della Giunta provinciale.

I titoli di spesa che alla chiusura dell'esercizio non risultino pagati saranno dal Tesoriere riaccreditati alla Provincia, ed i corrispondenti importi introitati nel bilancio provinciale dell'esercizio successivo in un apposito capitolo nel titolo VI delle entrate e tenuti a disposizione dei singoli beneficiari.

La riammissione al pagamento sarà fatta con nuovi titoli di spesa imputati al corrispondente capitolo delle uscite iscritto nel titolo IV del bilancio provinciale.

I titoli di spesa di cui al precedente terzo comma, riaccreditati con quietanza del Tesoriere, si con-

siderano estinti agli effetti del rendiconto generale.

Alla chiusura dell'esercizio finanziario la determinazione dei residui da trasferire all'esercizio successivo sarà disposta con decreto del Presidente della Giunta provinciale per uno o più capitoli del bilancio.

Sono compresi fra i residui passivi gli impegni di spesa le cui deliberazioni non siano ancora state registrate alla Corte dei Conti.

In caso di definitiva mancata registrazione delle apposite deliberazioni di impegno, i residui passivi corrispondenti sono inutilizzabili e vengono depennati alla chiusura dell'esercizio successivo.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig genehmigt.

Art. 6

Sono abrogate le disposizioni non compatibili con la presente legge.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig genehmigt.

Wünscht jemand das Wort zur Stimmabgabe? Niemand. Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno. Dann bitte ich die Stimmzettel zu verteilen.

(Votazione per scrutinio segreto - Geheime Abstimmung).

Ergebnis der Abstimmung: 15 abgegebene Stimmen, 14 Ja-Stimmen, 1 weißer Stimmzettel. Esito della votazione: 15 votanti, 14 sì, 1 scheda bianca. Das Gesetz ist genehmigt.

Punkt 12 der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 224/73: „Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsgebarung für das Finanzjahr 1974“.

Punto 12) all'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n. 224/73: «Autorizzazione all'esercizio provvisorio del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1974».

La parola all'Assessore Pasqualin.

PASQUALIN (Assessore alle finanze e commercio - D.C.): Signori Consiglieri,

con il presente disegno di legge la Giunta provinciale chiede di essere autorizzata all'esercizio

provvisorio del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1974 secondo gli stati di previsione dell'entrata e della spesa per l'esercizio in corso.

Ciò si rende necessario anzitutto per la mancanza di alcune norme di attuazione del nuovo Statuto di autonomia in materia finanziaria, che non permettono alla Giunta di predisporre in tempo utile il bilancio di previsione per il 1974.

In secondo luogo, la scadenza della presente legislatura con la conseguente indizione delle elezioni e la convocazione del nuovo Consiglio regionale e provinciale molto probabilmente non consentiranno l'esame e l'approvazione di un così importante documento entro la fine del corrente esercizio.

Per le ragioni suddette si raccomanda ai signori Consiglieri l'approvazione dell'allegato disegno di legge.

Geehrte Ratsmitglieder!

Mit gegenwärtigem Gesetzentwurf ersucht der Landesausschuss um Genehmigung der vorläufigen Haushaltsgebarung für das Finanzjahr 1974 nach dem Haushaltsvoranschlag der Einnahmen und Ausgaben des laufenden Jahres.

Dies ist notwendig, da einige Durchführungsbestimmungen des neuen Autonomiestatutes in bezug auf die Finanzmaterie fehlen, die dem Ausschuss eine zeitige Vorlage des Haushaltsvoranschlages für das Jahr 1974 nicht gestattet.

In zweiter Linie wird der Auslauf der jetzigen Legislaturperiode mit der nachfolgenden Anberaumung der Wahlen und die Einberufung des neuen Landtagsrates und Provinzialrates es höchstwahrscheinlich nicht zulassen, die Prüfung und Genehmigung eines so wichtigen Dokumentes innerhalb des laufenden Jahres, zu tätigen.

Aus besagten Gründen werden die Ratsmitglieder aufgefordert, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

PRESIDENTE: La parola al relatore della terza Commissione legislativa.

MAYR (Sekretär - S.V.P.): Die dritte Gesetzgebungskommission ist am 23. Oktober 1973 zur Be-

ratung des obigen Gesetzentwurfes zusammengetreten.

Auch bei diesem Gesetzentwurf hat sich die Kommission über den Mangel der für die Prüfung der Gesetzesvorlage notwendigen Zeit beschwert.

Landesrat Pasqualin hat die Gründe der verspäteten Vorlegung angeführt und erklärt, warum der Gesetzentwurf jetzt eingebracht wurde, anstatt den Monat Dezember abzuwarten, um ihn dem neuen Landtag zur Genehmigung vorzulegen. Die Genehmigung der vorläufigen Haushaltsgebarung muß nämlich innerhalb des Jahres erfolgen, da der Haushalt für das Jahr 1974 nicht termingerecht eingebracht werden kann.

Der einzige Artikel wurde schließlich mit Stimmenmehrheit bei einer Enthaltung gutgeheißen.

La terza Commissione legislativa si è riunita il giorno 23 ottobre 1973 per esaminare il suindicato disegno di legge.

Anche per questo disegno di legge la Commissione ha espresso le sue lamentele per la mancanza di tempo sufficiente per l'esame dello stesso.

L'Assessore Pasqualin ha spiegato le ragioni del ritardo nella presentazione ed il motivo perchè il disegno di legge è stato presentato ora, anziché attendere il mese di dicembre per l'approvazione da parte del nuovo Consiglio provinciale. L'approvazione dell'esercizio provvisorio deve avvenire entro l'anno, dato che il bilancio per il 1974 non può essere presentato in tempo utile.

L'articolo unico è stato, quindi, approvato a maggioranza con un'astensione.

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Generaldebatte über den Gesetzesantrag. Wer wünscht das Wort? Chi chiede la parola nella discussione generale? Nessuno. Niemand. Die Generaldebatte ist abgeschlossen.

Wir stimmen über den Übergang zur Diskussion der einzelnen Artikel ab: einstimmig angenommen. Metto in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato all'unanimità.

Articolo unico

A partire dall'1 gennaio 1974 e sino all'approvazione del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1974, la Giunta provinciale è autorizzata all'esercizio provvisorio secondo gli stati di previsione dell'Entrata e della Spesa per l'esercizio finanziario 1973, approvati con legge provinciale 25 luglio 1973, n. 20, e successive variazioni.

L'esercizio provvisorio non potrà essere protratto oltre il 30 aprile 1974.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Wer wünscht das Wort zur Stimmabgabe? Niemand. Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno. Dann bitte ich die Stimmzettel zu verteilen.

(Votazione per scrutinio segreto - Geheime Abstimmung).

Da die gesetzliche Anzahl der Landtagsabgeordneten bei der Abstimmung über dieses Gesetz nicht vorhanden war, sind wir gezwungen, die Sitzung um eine Stunde zu verschieben und die Abstimmung zu wiederholen. Die Sitzung ist somit aufgehoben. La seduta è sospesa per mancanza del numero legale.

ORE 11 UHR

ORE 12 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen; wir müssen den Gesetzesantrag Nr. 224/73 noch einmal zur Abstimmung bringen. Ich bitte die Stimmzettel zu verteilen. Prego di distribuire le schede per ripetere la votazione sul disegno di legge n. 224/73.

(Votazione per scrutinio segreto - Geheime Abstimmung).

Ergebnis der Abstimmung: 15 abgegebene Stimmen, 14 Ja-Stimmen, 1 weißer Stimmzettel. Esito della votazione: 15 votanti, 14 sì, 1 scheda bianca. Das Gesetz ist genehmigt.

Punkt 13 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 225/73: „Bestimmungen zum weiteren Gebrauch oder Übertragung des Immobilienbesitzes und der bezüglichen juristischen Verhältnisse des „Ente Naziona-*

le Tre Venezie“, der der autonomen Provinz Bozen übertragen wurde“.

Punto 13) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 225/73: «Norme per l'ulteriore utilizzo o trasferimento del patrimonio e dei relativi rapporti giuridici dell'Ente Nazionale per le Tre Venezie trasferito alla Provincia di Bolzano».*

(Relazione della Giunta provinciale presentata dall'Assessore Pasqualin - Bericht der Landesregierung, vorgelegt vom Assessor Pasqualin).

Con il presente disegno di legge si intende dare esecuzione alla legge 11 marzo 1972, n. 118, relativamente alla parte in cui dispone la liquidazione del patrimonio immobiliare dell'Ente nazionale per le Tre Venezie nella Regione Trentino-Alto Adige (artt. 40 - 44).

In particolare, all'art. 41, secondo comma, di detta legge, è previsto che il Consiglio provinciale «deciderà con proprie norme, entro sei mesi dall'entrata in possesso (26 aprile 1973), l'ulteriore utilizzo e trasferimento dei beni» già costituenti il patrimonio immobiliare del predetto Ente e trasferiti alla Provincia autonoma di Bolzano.

E' da premettere che detti beni sono della più disparata natura: vi sono, infatti, edifici di recente costruzione ed altri che risultano costruiti da diverse centinaia di anni e versano in cattivo stato di manutenzione; vi sono boschi, pascoli, prati, alcuni compendi agricoli ed anche alcune strade.

Fanno parte di detto patrimonio anche numerosi beni improduttivi: edifici diroccati, aziende agricole d'alta montagna abbandonate da lungo tempo; terreni paludosi o rocciosi ecc.

Quasi tutti i terreni e gli edifici trasferiti risultano affittati o locati a terzi. Solo alcuni di essi provengono dal libero mercato, ma la quasi totalità venne liquidata in favore dell'Ente ai sensi della legge n. 1914 del 1940.

In considerazione appunto della loro provenienza, e atteso quindi che su centonove compendi immobiliari ben centoquattro risultano essere stati di proprietà «di persone di origine e di lingua tedesca domiciliate in Alto Adige», si ritiene opportuno accordare la possibilità di rientrare nella piena pro-

prietà dei beni in questione ed al prezzo di stima che sarà determinato dall'ufficio tecnico provinciale.

Venendo ad una illustrazione dei singoli articoli, si osserva:

Articolo 1: Trattasi di norma di carattere generale che precisa il contenuto della nuova disciplina.

Nel secondo comma si ribadisce il concetto già espresso dal legislatore statale (art. 41 della legge n. 118/1972), e cioè che il trasferimento dei beni immobili comporta anche quello dei relativi rapporti giuridici in essere.

Articolo 2: La Giunta provinciale viene autorizzata ad alienare tutti i beni facenti parte dell'ex patrimonio immobiliare dell'Ente Nazionale per le Tre Venezie, che vengono singolarmente elencati nell'allegato A), con indicazione delle rispettive partite tabolari, particelle edificiali o fondiari e porzioni materiali.

Non è consentita l'alienazione di quei beni che, a giudizio della Giunta provinciale, alla quale compete statutariamente l'amministrazione del patrimonio della Provincia, sono utilizzati direttamente dalla Provincia stessa per il perseguimento dei propri fini istituzionali (sede di uffici, foreste, ecc.) (vedi art. 5).

Nel secondo comma vengono indicate puntualmente le persone o gli enti, in ordine di precedenza, ai quali è accordata preferenza assoluta nell'acquisto dei beni in oggetto.

Della categoria di persone sub a) si è già detto in precedenza ed è parso doveroso estendere l'attribuzione di tale titolo anche ai loro discendenti in linea retta o al coniuge superstite.

Alla lettera b) si è inteso accordare analogo preferenza anche a quanti, nelle stesse condizioni delle persone indicate nella precedente lettera, si erano visti liquidare i loro beni in favore dell'Ente Nazionale per le Tre Venezie, beni che in epoca successiva vennero a sua volta alienati dall'Ente medesimo a terzi, e comunque non sono stati trasferiti al patrimonio della Provincia.

Con le successive lettere c) e d) viene accordato il medesimo titolo a persone che, rispetto ad ogni

altro possibile acquirente, si trovino in una particolare situazione rispetto ai beni per i quali è ammessa l'alienazione, e semprechè naturalmente le persone indicate nelle precedenti lettere a) o b) non intendono far valere il medesimo titolo stante l'ordine di precedenza disposto.

Si ritiene, infine, opportuno accordare il titolo di preferenza in questione anche ai Comuni, nel cui territorio siano siti i beni, alla condizione peraltro che li destinino ad opere pubbliche.

Articolo 3: Si pone un termine all'esercizio del titolo di preferenza, trascorso inutilmente il quale, chiunque può concorrere all'acquisto dei beni per i quali è ammessa l'alienazione.

Articolo 4: Per le ragioni esposte in precedenza, si dispone che la vendita dei beni in favore delle persone o degli enti indicati nel secondo comma dell'art. 2 avvenga al prezzo di stima dei beni stessi, determinato dall'ufficio tecnico provinciale.

Nel secondo comma sono indicati i criteri cui la Giunta provinciale dovrà attenersi nell'assegnazione di un bene, qualora per lo stesso sia presentata domanda di acquisto da parte di più persone tra quelle indicate nella lettera b) dell'art. 2.

Articolo 5: Si ritiene necessario che la Giunta provinciale determini quali beni devono essere alienati, in quanto direttamente utilizzati dalla Provincia autonoma per il perseguimento dei propri fini istituzionali (sede d'uffici, foreste, ecc.).

Articolo 6: E' accordata alla Giunta provinciale la facoltà di cedere a titolo gratuito i beni per i quali, nei termini prescritti, non sia pervenuta alcuna domanda di acquisto, in favore dei Comuni, nel cui territorio sono siti i beni stessi, ed alla condizione che i medesimi siano destinati al perseguimento di finalità di pubblico interesse.

Nel secondo comma, al fine di garantire la specifica destinazione prevista per i beni alienati o ceduti gratuitamente in favore dei Comuni, si prevede l'annotazione del relativo vincolo nel libro fondiario.

Articolo 7: Sono dettate le modalità per rendere di pubblica ragione i valori di stima dei singoli beni.

Articolo 8: Sono determinati i termini e le modalità per la presentazione delle domande d'acquisto dei beni.

Articolo 9: E' indicata la documentazione, che a seconda dei casi, è necessario allegare alle domande sopraindicate.

Articolo 10: La Giunta provinciale viene autorizzata a fissare il termine e i modi di versamento del corrispettivo della vendita dei beni.

Articolo 11: Sono richiamate le disposizioni di legge che prevedono esenzioni fiscali per il trasferimento dei beni in oggetto.

Articolo 12: Si prevede che le riscossioni derivanti dalle alienazioni dei beni affluiscono in entrata del bilancio provinciale.

Mit gegenwärtigem Gesetzesentwurf will man das Gesetz Nr. 118 vom 11.3.1972 in bezug auf jenen Teil, in dem die Liquidierung des Immobilienvermögens des „Ente Nazionale per le Tre Venezie nella Regione Trentino-Alto Adige“ (Art. 40-41) festgelegt ist, zur Ausführung bringen.

Hauptsächlich im Artikel 41, zweiter Absatz, des genannten Gesetzes ist vorgesehen, dass der Landtag „mit eigenen Vorschriften innerhalb von sechs Monaten nach Besitzergreifung (26.4.1973) den weiteren Gebrauch und Übertragung der Güter festlegt“, die früher im Immobilienbesitz der genannten Körperschaft waren und der autonomen Provinz Bozen übertragen wurden.

Es wird vorausgeschickt, dass die genannten Güter von verschiedenster Natur sind: es sind nämlich neue Bauten und solche, die vor einigen Jahrhunderten erstellt wurden und die in schlechtem Bauzustand sind; weiterhin Wälder, Weiden, Wiesen, einige landwirtschaftliche Güter und auch einige Straßen.

Es gehören auch einige unfruchtbare Güter zum genannten Besitz: vor geraumer Zeit verlassene Häuser, landwirtschaftliche Betriebe im Hochgebirge, sumpfige oder steinige Böden.

Fast alle übertragenen Gründe und Bauten scheinen als verpachtet oder an Dritte vermietet auf. Nur

einige von ihnen kommen aus dem freien Markt, aber fast die Gänze wurde zugunsten der Körperschaft gemäss dem Gesetz Nr. 1914 vom Jahr 1940 ausbezahlt.

In Anbetracht ihrer Herkunft und Rücksicht darauf, dass von 109 Immobiliargütern nicht weniger als 104 im Besitze «von Personen mit deutschem Ursprung und deutscher Sprache standen, die in Südtirol wohnhaft waren», denen die italienische Staatsangehörigkeit in der faschistischen Zeit gemäss dem kgl. Gesetzesdekret Nr. 1888 vom 13.12.1939 genommen wurde, erwartet man als gebührende Form der Wiedergutmachung für die seinerzeit in ungerechtfertigter Weise erlittenen moralischen und materiellen Schäden an genannten Personen, dass diesen die Möglichkeit der Erlangung des vollen Besitzes der gegenständlichen Güter geboten wird und zwar zum Schätzungspreis, der vom technischen Landesamt festgelegt wird.

Zur Erläuterung der einzelnen Artikel wird bemerkt:

Artikel 1: Es handelt sich um eine Vorschrift von allgemeinem Charakter, der den Inhalt der neuen Regelung näher bestimmt.

Im zweiten Absatz wird das Konzept, das schon vom staatlichen Gesetzgeber ausgedrückt wurde (Art. 41 vom Gesetz Nr. 118/72), betont, und zwar, dass die Übertragung der unbeweglichen Güter auch das jetzige juristische Verhältnis mit sich bringt.

Artikel 2: Der Landesausschuss wird ermächtigt, alle Güter, die dem ehemaligen Vermögen des „Ente Nazionale per le Tre Venezie“ angehörten und die einzeln in der Anlage A mit Angabe des diesbezüglichen Grundbuchblattes, Bau- oder Grundparzelle oder materiellen Anteil angeführt sind, zu verkaufen.

Der Verkauf von jenen Gütern ist untersagt, die nach Ermessen des Landesausschusses, dem statutarisch die Verwaltung des Vermögens unterliegt, direkt selbst von der Provinz zur Erlangung der eigenen institutionellen Ziele gebraucht werden (Sitz von Büros, Wälder usw.) (siehe Art. 5).

Im zweiten Absatz werden die einzelnen Personen oder Körperschaften in der Reihenfolge des Vor-

rechtes angeführt, denen das absolute Vorkaufsrecht der bezüglichen Güter eingeräumt wurde.

In der Kategorie der Personen, die unter a) angeführt sind, erschien es, wie schon vorher gesagt notwendig, diese Berechtigung auch auf ihre Nachfolger in direkter Linie oder auf den überlebenden Ehepartner zu erstrecken.

Unter Buchstabe b) wollte man in der gleichen Weise wie im vorhergehenden Buchstaben auch denjenigen Vorzug gewähren, die eine Auszahlung ihrer Güter zugunsten des „Ente Nazionale per le Tre Venetie“ annehmen mussten, Güter die in der nachfolgenden Zeit von der Körperschaft an Dritte verkauft wurden und weiterhin nicht dem Vermögen der Provinz zugeteilt wurden.

Mit den nachfolgenden Buchstaben c) und d) wird dieselbe Berechtigung an Personen eingeräumt, die sich gegenüber jedem möglichen Käufer in einer besonderen Lage gegenüber den Gütern, die zum Verkauf zugelassen wurden, befinden und vorausgesetzt natürlich, dass die Personen gemäss den vorhergehenden Buchstaben a) oder b) nicht ihre Berechtigung angesichts der festgelegten Vorzugsfolge geltend machen.

Artikel 3: Es wird eine Höchstzeit zur Ausübung des Vorzuges festgelegt. Nach Ablauf von dieser kann sich jeder beim Kauf der Güter, die zum Verkauf zugelassen sind, darum bewerben.

Artikel 4: In bezug auf die Gründe, die vorher angegeben wurden, legt man fest, dass der Verkauf der Güter zugunsten der Personen oder Körperschaften, die im zweiten Absatz des Artikels 2 angeführt sind, zum Schätzungspreis derselben Güter erfolgt, den das Landesbauamt festgelegt hat.

Im zweiten Absatz sind die Grundsätze angeführt, an die sich der Landesausschuss bei der Zuteilung eines Gutes halten muss, wenn für dieses gleichzeitig mehrere Kaufgesuche von seiten mehrerer Personen, die unter Buchstabe b) des Artikels 2 angeführt sind, aufliegen.

Artikel 5: Man hält es für erforderlich, dass der Landesausschuss jene Güter, die nicht verkauft werden können festlegt, weil diese direkt von der Autonomen Provinz zur Erlangung ihrer institutionellen Ziele gebraucht werden (Sitz von Büros, Wälder usw.).

Artikel 6: Dem Landesausschuss wird die Möglichkeit eingeräumt, unentgeltlich Güter, für die in dem vorgeschriebenen Zeitraum keine Kaufanträge eingegangen sind, den Gemeinden, in deren Gebiet sich diese befinden, mit der Auflage zu übergeben, dass diese zur Erreichung des allgemeinen Zweckes dienen.

Artikel 7: Es werden die Bestimmungen für die öffentliche Kundmachung der Schätzungswerte festgelegt.

Artikel 8: Es werden die Zeiträume und Bestimmungen für die Einreichung der Kaufgesuche festgelegt.

Artikel 9: Die Dokumente sind angegeben, die für die obgenannten verschiedenen Fälle dem Antrag beigelegt werden müssen.

Artikel 10: Der Landesausschuss wird ermächtigt, den Zeitraum und die Art, mit dem der Kaufpreis einzuzahlen ist, festzulegen.

Artikel 11: Es werden die Gesetzesbestimmungen, die eine Steuerfreiheit für die Übertragung der genannten Güter vorsehen, angeführt.

Artikel 12: Es wird vorgesehen, dass die Einnahmen des Verkaufes der Güter in den Eingang der Provinzbilanz zufließen.

Der Bericht der dritten Kommission.

MAYR (Sekretär - S.V.P.): Die dritte Gesetzgebungskommission ist am 23. Oktober 1973 zusammengetreten, um obgenannten Gesetzentwurf zu beraten.

Nach der Erläuterung des Gesetzentwurfes durch den Landesrat Pasqualin hat Abg. Mitolo bemerkt, daß im Bericht der Landesregierung bei den im sechsten Absatz gemachten Ausführungen geschichtlich-politische Ungenauigkeiten bestehen. Darin wird nämlich von Personen, „denen die italienische Staatsangehörigkeit in der faschistischen Zeit... genommen wurde“, und von „seiner Zeit ungerechtfertigter Weise erlittenen moralischen und materiellen Schäden“ gesprochen, während, so meinte Abg. Mitolo, bei der Option für die deutsche Staatsbürgerschaft mit dem entsprechenden Verlust der italienischen eine wohlüberlegte und freie Wahl getroffen worden war. Die Folge der Option war

auch der Verlust des Eigentums, so daß man keineswegs von materiellen Schäden sprechen könne. In diesem Sinne gab es folglich keine Verantwortung des italienischen Staates.

Abg. Mitolo hat schließlich die Abänderung dieses Teiles des Begleitberichtes vorgeschlagen.

Abg. Mayr hat dazu sofort Stellung bezogen und behauptet, daß die Ausführungen in jenem Absatz eher zu harmlos seien gegenüber dem Unrecht und dem Zwang, welchem die Südtiroler ausgesetzt waren, wo sie doch in vielen Fällen mit Gewalt dazu gezwungen wurden, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen.

Abg. Nicolussi-Leck hat die Ausführung des Abg. Mayr bekräftigt und hervorgehoben, welchen Nötigungen die Südtiroler in jener Zeit ausgesetzt worden waren.

Um zu vermeiden, daß durch eine Diskussion, die mehr Zeit beanspruchen würde, Zeit verloren gehe, hat Vizepräsident Agostini einen Mittelweg zwischen den zwei Standpunkten vorgeschlagen und einen Abänderungsantrag zum sechsten Absatz des Berichtes eingebracht, und zwar sollte der Absatz wie folgt lauten:

«In considerazione appunto della loro provenienza, e atteso quindi che su centonove compendi immobiliari ben centoquattro risultano essere stati di proprietà «di persone di origine e di lingua tedesca domiciliate in Alto Adige», si ritiene opportuno accordare la possibilità di rientrare nella piena proprietà dei beni in questione ed al prezzo di stima che sarà determinato dall'ufficio tecnico provinciale».

Der Vorschlag Agostinis ist vom Landesrat Pasqualin angenommen worden und hat außer der Gegenstimme des Abg. Mayr die Zustimmung der Kommission erhalten.

Nach Ansicht des Vizepräsidenten Agostini hätte man einen solchen geschichtlichen Hinweis vermeiden können; überdies, so betonte er, stehe es jedem frei, im Landtag seinen Standpunkt zu vertreten.

Die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfes sind mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt worden; eben-

so mit Einstimmigkeit ist die Einfügung des nachstehenden Art. 13 betreffend die Dringlichkeitsklausel gutgeheißen worden:

„Vorliegendes Gesetz wird im Sinne des Art. 55 des Sonderstatutes für die Region Trentino Südtirol für dringend erklärt und tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Region in Kraft.

Jeder, dem es obliegt, ist verpflichtet, es als Landesgesetz zu befolgen und für seine Befolgung zu sorgen“.

Bei der Erklärung zur Stimmabgabe hat Abg. Mitolo darauf hingewiesen, daß je nach der Diskussion, die sich im Landtag abwickeln wird, er entsprechend Stellung nehmen wird.

Die Kommission hat schließlich den Gesetzentwurf stimmenmehrheitlich bei zwei Enthaltungen gesamtinhaltlich genehmigt.

La terza Commissione legislativa si è riunita il giorno 23 ottobre 1973 per esaminare il sopraccitato disegno di legge.

Dopo l'illustrazione del disegno di legge da parte dell'Assessore Pasqualin, il consigliere Mitolo ha osservato che nella relazione della Giunta provinciale, per quanto si riferisce al sesto comma, vi sono delle inesattezze storico-politiche. Infatti, secondo il consigliere Mitolo, qui si parla di «privazione della cittadinanza italiana nel periodo fascista» e di «danni morali e materiali a suo tempo ingiustamente subiti», mentre vi fu una scelta precisa e volontaria nell'optare per la cittadinanza germanica con la conseguente perdita di quella italiana. La conseguenza dell'opzione fu anche la perdita delle proprietà, e quindi l'affermazione dei danni materiali è puramente gratuita. Non c'è stata, quindi, responsabilità dello Stato italiano in questo senso.

Infine, il consigliere Mitolo ha proposto la modifica di questa parte della relazione.

Il consigliere Mayr è intervenuto subito in contraddizione, affermando che la citazione di quel comma è anche troppo labile in confronto ai torti ed alle costrizioni subiti dai cittadini sudtirolesi, costretti in molti casi con la forza a prendere la cittadinanza germanica.

Anche il consigliere Nicolussi-Leck ha sostenuto quanto affermato dal consigliere Mayr, ribadendo la coercizione cui sono stati sottoposti i sudtirolesi di quell'epoca.

Il Vicepresidente Agostini, onde evitare perdita di tempo per una discussione che richiederebbe maggior spazio, ha proposto una mediazione fra le due tesi sostenute, ed ha presentato un emendamento modificativo del sesto comma della relazione, in modo da leggersi lo stesso come segue:

«In considerazione appunto della loro provenienza, e atteso quindi che su centonove compendi immobiliari ben centoquattro risultano essere stati di proprietà «di persone di origine e di lingua tedesca domiciliate in Alto Adige», si ritiene opportuno accordare la possibilità di rientrare nella piena proprietà dei beni in questione ed al prezzo di stima che sarà determinato dall'ufficio tecnico provinciale».

La proposta del consigliere Agostini, accettata dall'Assessore Pasqualin, ha raccolto l'adesione della Commissione, con il solo voto contrario del consigliere Mayr.

Il Vicepresidente Agostini, nel rilevare che si poteva evitare l'inserimento di un simile cenno storico, ha fatto presente comunque che ognuno è libero di ribadire il proprio punto di vista in aula consiliare.

I singoli articoli del disegno di legge sono stati approvati all'unanimità ed uguale votazione ha ottenuto l'inserimento dell'art. 13, riguardante la clausola d'urgenza con il seguente rituale testo:

«La presente legge è dichiarata urgente ai sensi dell'art. 55 dello Statuto Speciale per la Regione Trentino-Alto Adige ed entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

E' fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Provincia».

Nella dichiarazione di voto, il consigliere Mito lo ha fatto presente che, in base alla discussione che si svolgerà in aula, egli prenderà una conseguente posizione.

La Commissione ha approvato, infine, a maggioranza con due astensioni il disegno di legge nel suo complesso.

PRÄSIDENT: Die Generaldebatte ist eröffnet. Wer wünscht das Wort? Niemand. Chi chiede la parola in discussione generale? Nessuno. Wir stimmen über den Übergang zur Diskussion der einzelnen Artikel ab: einstimmig angenommen.

Art. 1

L'ulteriore utilizzo o trasferimento dei beni costituenti l'ex patrimonio immobiliare dell'Ente nazionale Tre Venezie, trasferiti alla Provincia autonoma di Bolzano, ai sensi dell'art. 41 della legge 11 marzo 1972, n. 118, e rispettivamente descritti nell'allegato elenco A, è disciplinato secondo le norme di cui alla presente legge.

I beni immobili, per i quali è autorizzata l'alienazione, sono trasferiti nello stato di fatto e di diritto in cui si trovano alla data dell'effettiva trasmissione, con i relativi rapporti giuridici in essere.

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione l'art. 1: approvato all'unanimità.

Art. 2

La Giunta provinciale è autorizzata ad alienare a terzi i beni immobili, di cui all'allegato elenco A.

I beni sopra indicati sono alienati, con preferenza assoluta rispetto ad ogni altro richiedente, e nel seguente ordine di precedenza, in favore:

a) dei riopianti, ai sensi dell'art. 1 della legge 20 luglio 1952, n. 1008, nonché degli optanti altoatesini, che hanno ottenuto la cittadinanza italiana ai termini dell'art. 4, n. 2, della legge 13 giugno 1912, n. 555, modificato dal R. D. L. 1 dicembre 1934, n. 1997, che dimostrino, in base alle risultanze tavolari, che il bene che intendono acquistare, rilevato dall'Ente nazionale per le Tre Venezie, in base al R. D. L. 13 dicembre 1939, n. 1888, convertito in legge 23 dicembre 1940, n. 1914, era anteriormente di loro proprietà.

Il titolo di preferenza concesso agli stessi, in caso di loro decesso, può essere fatto valere dai

discendenti in linea retta o dal coniuge superstite;

- b) delle persone indicate nella lettera precedente, nel caso che il titolo di preferenza non venga o non possa essere fatto valere dagli aventi diritto, relativamente al bene già di loro proprietà, e che dimostrino di essere stati anteriormente proprietari di un bene immobile già rilevato dal precitato ente e di consistenza e natura analoghe a quello richiesto;*
- c) di coloro che alla data di entrata in vigore della presente legge risultino comproprietari, per quota indivisa, di alcuno dei beni indicati;*
- d) di coloro che conducono in affitto, colonia parziaria o mezzadria alcuno dei beni rustici elencati, da più di quattro anni;*
- e) dei Comuni, nel cui territorio sono siti alcuni dei beni elencati, a condizione che li destinino ad opere pubbliche.*

Wer wünscht das Wort? Vicepresidente Nicolodi.

NICOLODI (Vicepresidente - P.S.I.): Volevo chiedere alla Giunta di anticipare la lett. d) subito dopo la lett. a), cioè di favorire coloro che conducono in colonia parziaria o a mezzadria i beni colturali. Mi pare che sia una giustizia perequativa che questi siano preferiti a coloro che hanno venduto il bene prima che sia stato acquistato dall'Ente Tre Venezie. Chi oggi da 15, 20 anni conduce a mezzadria un podere, se dovessero subentrare degli antenati magari di due o tre generazioni, questi mezzadri si troverebbero in difficoltà. Quindi, sono d'accordo che la lett. a) rimanga come preferenza, ma dopo questa lettera inserire la lett. d) per favorire coloro che conducono in affitto queste proprietà, che magari hanno anche valorizzato quei terreni con le loro fatiche.

NICOLUSSI-LECK (S.V.P.): Die Unterteilung der Präferenzen, so wie sie im Art. 2 vorgesehen sind, ist ganz bewußt geschehen, weil wir sehr sehr wenige Grundstücke haben, die noch in Pacht vergeben sind. Wenn man dieses Verzeichnis studiert, findet man überhaupt keine Höfe mehr, welche der Körperschaft gehört haben. Es ist kein einziger Hof mehr vorhanden, sondern nur einzelne Grundstücke z.B. im Überetsch ein einziges kleines Weingut, wo

die Besitzer nicht mehr zurückgewandert sind, womit sie auch keine italienische Staatsbürgerschaft besitzen und nicht mehr in den Genuß dieser Präferenzen kommen.

Ich nehme an, daß es sich meistens um alte Häuser handelt, wo die Eigentümer von ehemaligen Besitzungen, die abgelöst worden sind, die aber in der Zwischenzeit vom Ente verkauft wurden, eventuell ein Interesse haben könnten, sie zu erwerben; nicht aber bei landwirtschaftlichen Liegenschaften, welche kaum noch als landwirtschaftliche Einheit vorhanden sind. Es gibt einige Wälder, die nicht verpachtet sind und einige kleine sehr verstreute Wiesen wie zum Beispiel zwei im Vinschgau und zwei im Pustertal, die im Pachtwege meistens an Anrainer vergeben wurden. Im übrigen haben wir das Nationalgesetz aus dem Jahre 1971, das ja den Anrainern bei landwirtschaftlichen Liegenschaften das Vorkaufsrecht zuspricht. Diese zwei Gesetze überschneiden sich nicht, denn ich habe bewirkt, daß der Absatz c) hineinkommt, damit wir uns an das Nationalgesetz anlehnen und somit keine Gegensätzlichkeit entsteht. Der Absatz b), so wie er hier steht, war mehr oder weniger deshalb begründet, weil es sich dabei nur um alte Häuser handelt, die sich in Brixen, Meran und einige in Sterzing befinden. Das „Ente nazionale per le tre Venezie“ hat uns eine Liste von 109 Liegenschaften übergeben, die, wie aus ihren eigenen Schätzungen hervorgeht, ungefähr 400 Millionen Lire wert sind; darunter sind der Kindergarten in Brixen, den das Land behalten soll, die Amtsräume in der Freiheitsstraße, welche mit 50 Millionen Lire geschätzt worden sind und einige Kasernen, die von den Carabinieri bewohnt werden, welche wir vorläufig wahrscheinlich auch behalten müssen, alles übrige ist mehr oder weniger wertlos. Wir müssen versuchen, dieses Wertlose sobald als möglich wegzubringen, damit wir nicht enorme Verwaltungs- und Erhaltungsspesen auf uns nehmen müssen. Ich würde deshalb ersuchen, die Unterteilung so zu lassen wie sie ist, weil die ganz wenigen Pächter und Halbpächter — wie gesagt es gibt nur einige, wie zum Beispiel in Eppan, wo ich selbst nachgesehen habe und wo die Eigentümer nicht mehr zurückgekehrt sind — automatisch das Vorkaufsrecht besitzen.

PRÄSIDENT: Wer wünscht noch das Wort? Niemand. Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Ich lasse über den Artikel abstimmen: mit drei Stimmenthaltungen genehmigt.

Art. 3

Il titolo di preferenza, di cui all'articolo precedente, deve essere fatto valere dagli aventi diritto entro quattro mesi dalla data di pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione della deliberazione di cui al successivo art. 7.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 4

La Giunta provinciale è autorizzata a vendere i beni di cui all'allegato elenco A agli aventi titolo di preferenza indicati nel secondo comma del precedente art. 2, al prezzo di stima dei singoli beni determinato dall'ufficio tecnico provinciale.

Qualora vi siano più richiedenti di quelli indicati nella lettera b) del precitato articolo, per un medesimo bene, la Giunta provinciale, nel determinare il diritto di precedenza, terrà conto della entità del danno a suo tempo subito e dello stato di bisogno dei singoli richiedenti.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 5

Il Presidente della Giunta provinciale, su conforme deliberazione della Giunta stessa, determina con proprio decreto, da pubblicarsi nel Bollettino Ufficiale della Regione, contemporaneamente alla deliberazione di cui al successivo art. 7, i beni non alienabili, in quanto utilizzati dalla Provincia autonoma di Bolzano, per il perseguimento dei propri fini istituzionali.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 6

I beni per i quali, entro sei mesi dalla data di pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione della deliberazione indicata nell'articolo successivo, non sia pervenuta alcuna richiesta di acquisto, possono essere ceduti in proprietà, a titolo gratuito, ai Comuni nel cui territorio sono siti i beni stessi, qualora essi siano destinati al perseguimento di finalità di pubblico interesse.

I beni alienati o ceduti a titolo gratuito, in favore degli enti di cui alla lett. e) del secondo comma dell'art. 2, e di quelli indicati nel precedente comma, sono sottoposti a vincolo di destinazione per la durata di anni 15, da annotarsi nel libro fondiario.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 7

I valori di stima riferiti ai singoli beni, determinati dall'ufficio tecnico provinciale, sono approvati con apposita deliberazione della Giunta provinciale entro sei mesi dall'entrata in vigore della presente legge, e ne viene data immediata pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

Entro lo stesso termine copia della predetta deliberazione è trasmessa ai Comuni nel cui territorio sono siti i beni sopra indicati, per essere affissa al pubblico per la durata di almeno 30 giorni.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 8

Le domande per l'acquisto dei beni devono pervenire alla Giunta provinciale, tramite l'Assessorato alle finanze ed al patrimonio, entro il termine indicato nel precedente art. 3, relativamente a quelle presentate da persone o enti che possono far valere il titolo di preferenza assoluta, di cui al secondo comma dell'art. 2.

Le domande presentate da persone od enti cui non è concesso il titolo di cui al comma precedente, devono pervenire entro sei mesi dalla data di pubblicazione della deliberazione di cui al precedente art. 7.

Nelle domanda deve essere specificato il bene che si intende acquistare, come individuato nell'allegato elenco, con indicazione del prezzo determinato dalla Giunta provinciale.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 9

Coloro che intendono fruire della preferenza assoluta ad essi accordata ai sensi del secondo comma dell'art. 2, devono allegare alla domanda la seguente documentazione:

1) per i discendenti in linea retta o il coniuge superstiti delle persone indicate nelle lett. a) e b) del precedente art. 2:

— atto di morte dell'ascendente o rispettivamente del coniuge;

— certificato di notorietà o altro documento equipollente, dal quale risulti lo stato di famiglia alla data di morte dell'ascendente o rispettivamente del coniuge;

2) per le persone indicate nella lett. b) del precedente art. 2:

— estratto tavolare storico con integrale trascrizione del foglio B.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 10

La Giunta provinciale, nella deliberazione con la quale dispone la vendita dei beni, fissa il termine ed i modi di versamento del corrispettivo.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 11

Per tutti gli atti e contratti conseguenti all'esecuzione della presente legge si applica il disposto dell'art. 44 della legge 11 marzo 1972, n. 118.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 12

Le riscossioni derivanti dalle alienazioni dei beni affluiscono in entrata del bilancio provinciale.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 13

La presente legge è dichiarata urgente ai sensi dell'art. 55 dello Statuto Speciale per la Regione

Trentino-Alto Adige ed entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

E' fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Provincia.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig genehmigt.

Wünscht jemand das Wort zur Stimmabgabe? Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Niemand. Nessuno. Dann bitte ich die Stimmzettel zu verteilen.

(Votazione per scrutinio segreto - Geheime Abstimmung).

Ergebnis der Abstimmung: 17 abgegebene Stimmzettel, 16 Ja-Stimmen, 1 weißer Stimmzettel. Esito della votazione: 17 votanti, 16 sì, 1 scheda bianca. Das Gesetz ist genehmigt.

Punkt 14 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 226/73: „Gewährung eines außerordentlichen Beitrages an die Gemeinde Bozen für Verkehrsbauten“.*

Punto 14) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 226/73: «Concessione di un contributo straordinario al Comune di Bolzano per opere di viabilità».*

(Relazione della Giunta provinciale presentata dall'Assessore Pasquali - Bericht der Landesregierung, vorgelegt vom Assessor Pasquali).

L'esigenza di realizzare la deviazione della ferrovia Bolzano - Merano nel tratto Bolzano - Ponte Adige rappresenta un problema quanto mai grave ed urgente, alla soluzione del quale è interessata la Provincia autonoma di Bolzano.

Per la verità non è giustificabile l'atteggiamento assunto dall'Azienda delle Ferrovie dello Stato, secondo la quale la realizzazione di tale importante manufatto, destinato tra il resto ad eliminare tre passaggi a livello, è soprattutto di ordine urbanistico e quindi tale da non interessare, se non per l'aspetto esclusivamente tecnico-funzionale.

La Giunta provinciale si riserva in ogni caso di procedere, d'intesa con il Comune di Bolzano, ad una verifica da prodursi in sede governativa, pro-

ponendo in quella occasione i provvedimenti da adottare.

Il preventivo dei lavori a suo tempo indicato nell'importo complessivo di ca. lire 1.200.000.000, secondo gli accertamenti del Comune di Bolzano, che, a seguito di convenzione stipulata con l'Azienda delle Ferrovie dello Stato, sta provvedendo alla realizzazione delle relative opere, raggiunge oggi l'importo di oltre lire 1.800.000.000.

Di tale opera sono state appaltate:

— I° lotto: rilevato dal km 0,000 al km 1,905 e dal km 3,689 al km 4,214 per complessivi km 2,430. Importo lire 230 milioni, di cui lire 130 milioni a base d'asta già aggiudicati;

— II° lotto: ponte in ferro sull'autostrada al km 3,097. Importo lire 60 milioni, di cui lire 51 milioni a base d'asta. La relativa gara è andata deserta in due esperimenti;

III° lotto: ponte in cemento armato sul fiume Isarco per complessivi ml 143. Importo lire 200 milioni, di cui 172 milioni aggiudicati.

Il programma di lavori prevede, inoltre, un viadotto lungo 1.177 km, il cui costo ai prezzi attuali è da valutare in lire 800 milioni, le opere di armamento e di elettrificazione, il cui costo è da valutare in ca. lire 470.000.000, ed infine deve essere demolito un casello ferroviario dell'importo di ca. lire 13 milioni.

Il programma finanziario con il quale il Comune intende realizzare i lavori ha fatto affidamento su di un contributo di lire 500.000.000, disposto con legge regionale 5 giugno 1968, n. 11, mentre potrà inoltre fare affidamento su di un contributo di lire 200.000.000 da corrispondersi da parte dell'Azienda delle Ferrovie dello Stato a lavori ultimati.

Il contributo disposto con il presente disegno di legge non può certamente essere considerato risolutivo, ma integrativo, di quanto il Comune potrà disporre attraverso i propri mezzi di bilancio o di quanto sarà possibile ottenere attraverso l'azione che la Provincia si propone di perseguire, d'intesa con il Comune stesso, in sede di Azienda delle Ferrovie dello Stato.

Die Notwendigkeit, die Verlegung der Bahnlinie Bozen-Meran im Teilstück Bozen-Sigmundskron zu verwirklichen, stellt ein äußerst schwerwiegen-

des und dringliches Problem dar, an dessen Lösung die Autonome Provinz Bozen interessiert ist. Tatsächlich ist die Verhaltensweise der Verwaltung der Staatsbahnen nicht zu rechtfertigen, nach deren Ansicht die Verwirklichung dieses äußerst wichtigen Bauvorhabens, wodurch unter anderem auch die Ausschaltung von drei Bahnübergängen erfolgt, vor allem urbanistischen Charakter hat, und folglich als solches nicht interessiert, ausgenommen nur in technisch-funktioneller Hinsicht. Der Landesausschuß behält sich auf alle Fälle vor, im Einvernehmen mit der Gemeinde Bozen, auf Regierungsebene eine Überprüfung vorzunehmen, und bei diesem Anlaß die zu ergreifenden Maßnahmen vorzuschlagen.

Der seinerzeit genannte Kostenvoranschlag für die Arbeiten im Gesamtausmaß von ungefähr 1.200.000.000 Lire beläuft sich heute nach der Feststellung der Gemeinde Bozen, die nach der mit der Verwaltung der Staatsbahnen getroffenen Vereinbarung für die Verwirklichung der diesbezüglichen Bauten sorgt, auf einen Betrag über 1.800.000.000 Lire. Von diesen Bauten wurden bisher vergeben:

— 1. Baulos: Damm von Kilometer 0,000 bis Kilometer 1,905 und von Kilometer 3,689 bis Kilometer 4,214 für insgesamt Kilometer 2,430. Betrag 230 Millionen Lire, wovon Lire 130 Millionen bei öffentlicher Ausschreibung bereits zugeschlagen.

— 2. Baulos. Eisenbrücke über die Autobahn bei Kilometer 3,097 — Betrag Lire 60 Millionen, wovon Lire 51 Millionen bei öffentlicher Ausschreibung.

Bei zwei Wettbewerben dieser Ausschreibung nahm bisher niemand teil.

— 3. Baulos: Brücke in Eisenbeton über den Eisack für insgesamt 143 ml. Betrag Lire 200 Millionen, wovon 172 Millionen zugeschlagen.

Das Programm der Arbeiten sieht außerdem einen Viadukt in der Länge von km 1,177 vor, dessen Kosten bei den heutigen Preisen in ungefähr Lire 800 Millionen zu veranschlagen sind, die Gerüst- und Elektrifizierungsbauten, deren Kosten sich auf ungefähr 470 Millionen Lire belaufen und schließlich muß noch ein Bahnwärterhaus abgetragen werden, Kostenpunkt ungefähr 13 Millionen.

Das Finanzierungsprogramm, womit die Gemeinde diese Arbeiten verwirklichen will, vertraute auf einen mit Regionalgesetz vom 5. Juni 1968, Nr.

11, gewährten Beitrag von Lire 500 Millionen, und außerdem kann die Gemeinde Bozen auf einen Beitrag von Lire 200 Millionen von seiten der Verwaltung der Staatsbahnen nach Beendigung der Arbeiten rechnen. Der mit dem gegenständlichen Gesetzesentwurf verfügte Beitrag kann sicher nicht als endgültige Lösung betrachtet werden, aber als Ergänzung der Mittel, über die die Gemeinde durch eigene Haushaltsgelder verfügen kann, oder dessen, was durch die Intervention der Provinz im Einvernehmen mit der Gemeinde selbst bei der Verwaltung der Staatsbahnen erreicht werden kann.

Ich bitte den Berichterstatter der dritten Kommission um den Bericht.

MAYR (Sekretär - S.V.P.): Die dritte Gesetzgebungscommission ist am 23. Oktober 1973 zusammengetreten, um über obenerwähnten Gesetzesentwurf zu heraten.

Nachdem der zuständige Landesrat den Gesetzesentwurf erläutert hatte, hat die Kommission einstimmig die einzelnen Artikel genehmigt und auf Vorschlag der Landesregierung den neuen Art. 5 betreffend die Haushaltsabänderung, der nachstehend wiedergegeben wird, stimmeneinhellig gutgeheißen:

Art. 5 — Im Haushaltsvoranschlag des Landes für das Finanzjahr 1973 werden folgende Abänderungen eingeführt:

Tabelle B - Ausgaben

Neueingeführtes Kapitel

II. Titel - V. Sektion - VIII. Rubrik

Kap. 4330 - Beitrag an die Gemeinde Bozen für die Verwirklichung der Verlegung des Bahnkörpers der Eisenbahnlinie Bozen-Meran Lire 250.000.000

Kapitel in Verminderung

Kap. 5000 Verfügbarer Betrag zur Deckung von Auslagen, die mit gesetzlichen Maßnahmen zusammenhängen Lire 250.000.000

Die Kommission hat den Gesetzesentwurf gesamthaltlich mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt.

La terza Commissione legislativa si è riunita il giorno 23 ottobre 1973 per esaminare il suindicato disegno di legge.

Dopo l'illustrazione dell'Assessore competente, la Commissione ha approvato all'unanimità i singoli articoli e su proposta della Giunta, ha approvato all'unanimità il nuovo art. 5, riguardante la variazione del bilancio, che viene riportato qui di seguito:

Art. 5 — Nel bilancio di previsione della Provincia l'esercizio finanziario 1973 sono introdotte le seguenti variazioni:

Tabella B - Uscite

Capitolo di nuova istituzione

Titolo II - Sezione V - Rubrica VIII

Cap. 4330 - Contributo al Comune di Bolzano per la realizzazione dello spostamento della sede ferroviaria della linea Bolzano-Merano Lire 250.000.000

Capitolo in diminuzione

Cap. 5000 - Fondo disposizione per far fronte ad oneri dipendenti da provvedimenti legislativi Lire 250.000.000

La Commissione ha approvato all'unanimità il disegno di legge nel suo complesso.

PRÄSIDENT: Die Generaldebatte über den Gesetzesantrag ist eröffnet. Wer wünscht dazu das Wort? Chi chiede la parola in discussione generale? Avv. Gouthier.

GOUTHIER (Segretario - P. C. I.): Io intendo soltanto prendere atto di questa iniziativa della Giunta, che è un primo passo in avanti verso la realizzazione dello spostamento della ferrovia Bolzano - Merano; prendo atto con una limitata soddisfazione, perchè finché non ci sarà l'intero stanziamento una soddisfazione piena non ci può essere. Constatato solo con un certo autocompiacimento che questo disegno di legge è presentato dalla Giunta, ma in realtà potrei rivendicarne sostanzialmente la paternità.

NEUHAUSER (S. V. P.): Ich möchte dem Kollegen Gouthier bestätigen, daß es auch mich wundert, daß das, was vom Landtag abgelehnt wurde, jetzt vom Landtag wieder bewilligt wird.

MAYR (Sekretär - S. V. P.): Ich bin da anderer Meinung. Ich möchte der Landesregierung ein echtes Kompliment aussprechen, denn ich glaube, Herr Kollege Gouthier, die Meinung, die Sie hier wiedergegeben haben, ist schon deshalb nicht als richtig zu bewerten, weil in den letzten Tagen in diesem Gebiet der Stadt Flugzettel verteilt worden sind, worauf stand, daß es nur durch die kommunistische Partei erreicht worden ist, daß die Regierung gezwungen wird, 250 Millionen Lire auszugeben. Ich kann Ihnen einen solchen Zettel bringen. Ich möchte da widersprechen. Das stimmt nicht, Herr Kollege Gouthier! Die Landesregierung hat diese 250 Millionen Lire schon längst für einen Zweck der Stadtgemeinde Bozen in der Tasche gehabt. Das muß hier erklärt werden. Die Landesregierung hat — soviel ich weiß — bei der Stadtgemeinde Bozen rückgefragt — falls das nicht stimmen sollte, soll es mir die Landesregierung sagen — wie diese 250 Millionen Lire zu verwenden sind. Und falls ich mich richtig erinnere, hat die Stadtgemeinde Bozen bei der Behandlung der Probleme Schloß Maretsch und Verlegung der Eisenbahnlinie Bozen-Meran das letztere Problem genehmigt. Die Landesregierung hat aber bei der Stadtgemeinde Bozen rückgefragt und diesen Betrag von 250 Millionen Lire schon vorher — Herr Kollege Gouthier, ich könnte Ihnen auch beweisen, daß es vor dem ursprünglichen Gesetzentwurf für 1.300 Millionen Lire war, den Sie dem Landtag vorgelegt haben — in der Tasche gehabt.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch folgendes Problem aufgreifen: ich entsinne mich noch ganz genau an den 5. November 1971, wo ich Herrn Landesrat Pasquali eine Anfrage vorgelegt habe, in welcher ich mich beklagt habe, daß die Rechte der Grundeigentümer nicht entsprechend gewahrt werden. Obwohl für dieses Projekt sehr viel Geld ausgeworfen werden muß (man spricht von 1.800 Millionen) und nur ein kleiner Ansatz vorhanden ist, hat man es seitens der Stadtgemeinde Bozen aufgrund der Konvention mit der Eisenbahn für unbedingt notwendig befunden, durch den Bozner Grutzen-Kaiserau den Streifen für die Errichtung der Eisenbahnlinie zu besetzen und die Obstbäume kurz vor der Ernte zu schlagen. Das ist ein verspäteter Rückfall in eine Zeit, die man mit Faschismus und so was Ähnlichem bezeichnet hat. Das ist sehr bedauerlich, denn es würde auch genügen, falls das Geld nicht vorhanden ist, daß die Enteignung, die mittels Dringlichkeitsbesetzung ausgesprochen werden

kann, in den drei oder vier Jahren, in denen dieses Projekt verwirklicht wird, vorgenommen wird. Außerdem steht fest, daß diese 95 oder 96 Millionen Lire bei einem Bankinstitut liegen und die üblichen 5% Zinsen von den Grundeigentümern zur Stunde beansprucht werden können. Dies geschieht durch eine hochbürokratische Abwicklung und inzwischen ist Grund und Boden enteignet bzw. die Bäume sind geschlagen und das Geld liegt in der Bank mit 5%, während die Entwertung 6 oder 7% beträgt. In der heutigen Zeit ist es nicht tragbar, daß der Grundeigentümer als Bankinstitut für solche Unternehmen fungiert. Das möchte ich erklärt wissen, um die Bemerkung des Herrn Kollegen Gouthier in das richtige Licht zu rücken.

PASQUALI (Assessore alla tutela dell'ambiente e trasporti - D. C.): Cercherò di rinunciare nella decisione che viene assunta dal Consiglio di fare un ordine di priorità dei meriti, ma di riepilogare la questione in termini molto sereni ed obiettivi, e soprattutto molto seri, come il problema merita.

Prima di tutto devo confermare che esiste uno stanziamento nel bilancio provinciale, e che questo stanziamento è riferito ad un'opera del Comune di Bolzano, ma per il quale non si era ancora decisa la destinazione. E' vero che l'origine di questo finanziamento era dovuta ad un complesso edilizio da costruirsi in Castelmareccio, ma è altrettanto vero che come indicazione particolare della Giunta era stato riproposto alla nostra attenzione il fatto che questo importo poteva essere destinato anche per opere di viabilità. Il discorso, quindi, era completamente aperto. Non è vero — questo lo devo dire con altrettanta chiarezza — che il problema sia stato scoperto dal collega Gouthier; è vero che il collega Gouthier aveva presentato un disegno di legge dove proponeva lo stanziamento di un miliardo e 200 milioni. Con ciò, sempre con altrettanta sincerità, non voglio per niente sminuire quella che è stata la sollecitazione che può avere svolto il collega Gouthier. Il problema non era ignorato prima, come non è stato presentato questo provvedimento sotto la pressione del collega Gouthier. Dico questo, perchè il problema è sempre stato presente alla nostra attenzione, ed oggi trova una sua soluzione che a noi sembra ragionevole.

Mi pare di poter dire anche quella che è stata l'opinione della Giunta per quanto riguarda Castel-

mareccio. Anche questa riteniamo sia un'iniziativa molto importante. Quando abbiamo — su mia indicazione — riproposto il tema della destinazione di questo fondo ed abbiamo deciso di invitare il Comune a fornirci una sua indicazione, naturalmente l'Azienda di soggiorno di Bolzano si è molto allarmata di fronte a questa possibilità di non poter più godere di un contributo che consentisse di realizzare un'altrettanto importante iniziativa come quella di Castelmareccio. Lo stesso Comune di Bolzano, nel proporci la priorità di intervento a favore della deviazione della linea ferroviaria Bolzano - Merano, sollecitava in ogni caso un'attenzione nei confronti di Castelmareccio. Abbiamo quindi adottato questa soluzione, cioè di corrispondere la somma di 250 milioni — analogo importo si conta nell'ambito della legge sui lavori pubblici — per agevolare il Comune di Bolzano con una contribuzione a fondo perduto, assicurando contemporaneamente la Azienda di soggiorno che il programma previsto per quest'anno sarebbe stato spostato all'anno prossimo. Resterebbe un impegno politico della Giunta di corrispondere i 250 milioni nel 1974 ed analogo importo nel 1975.

Precisato quanto sopra, credo che questo contributo sia importante per realizzare quest'opera, che, come avevo precisato l'altra volta, comporta una spesa di circa 1.800 milioni, ma probabilmente anche quest'importo è destinato ad essere superato. La spesa di oggi si può valutare in circa 1.800 milioni, ma in futuro aumenterà sicuramente. Il Comune dispone: dei 500 milioni, con cui ha appaltato il primo lotto dei lavori; dei 200 milioni, che sono assegnati con contributo dall'Azienda delle Ferrovie dello Stato (a lavori ultimati la convenzione prevede un contributo di 200 milioni concessi dall'Azienda delle Ferrovie dello Stato); 250 milioni sono previsti con questo disegno di legge, più altri 250 milioni che la Provincia metterà successivamente a disposizione. In totale sono quindi 1.200 milioni e per arrivare ai 1.800 milioni mancano ancora 600 milioni. Tutte le considerazioni che ho fatto quando abbiamo esaminato il disegno di legge presentato dal consigliere Gouthier rimangono valide, vale a dire quella di proseguire nella verifica a livello romano, a livello governativo per un riesame del problema ai fini di una maggiore contribuzione dello Stato. Rimane pertanto chiaro e preciso questo impegno della Giunta provinciale. Ma io credo che un sacrificio ed uno sforzo, pur comprendendo le difficoltà notevoli in cui si dibatte,

lo dovrà esercitare anche il Comune di Bolzano. Per il momento ci basta mettere il Comune nelle condizioni di poter proseguire l'esecuzione dei lavori, anche se non siamo nelle condizioni di assicurarne il completamento. Vogliamo sperare che anche attraverso il nostro contributo e la nostra collaborazione si giunga ad una soluzione completa del problema.

Circa le considerazioni del collega Mayr, che si riferiva ai proprietari dei terreni, credo che il Comune non abbia fatto altro che seguire le procedure che la legge dispone, cioè di obbligare ai depositi dei fondi. Tra il resto, dalle indicazioni che ho avuto, non è che gli indennizzi offerti siano bassi. Mi pare che siano giusti, nella misura in cui l'indennizzo per un frutteto viene corrisposto su un valore medio di 2.000 lire il metro/quadro, mentre il vigneto sulle 2.500 lire il metro/quadro. Rimane la parte che si riferisce agli eventuali maggiori oneri da corrispondere per svalutazione del terreno. Dalle informazioni che ho assunto mi pare che le trattative siano quasi definite con soddisfazione da parte degli stessi contadini.

MAYR (Sekrctär - S. V. P.): Herr Landesrat, ich brauche auf die Feststellung die ich jetzt mache, keinen Bescheid, doch möchte ich erklären: Da das Vorhaben erst in vier, fünf Jahren realisiert werden kann, hat man sich mit der Enteignung deshalb so beeilt, weil man der Meinung war, hier billig durchzukommen, weil man das Volkswohnbaureformgesetz für die Enteignungsentschädigung noch nicht anwenden mußte. Die Stadtgemeinde Bozen muß diese Durchführung aufgrund der Konvention mit der Eisenbahn besorgen und infolge dessen wollte man alles noch vor dem Volkswohnbaureformgesetz realisieren, damit man recht billig durchkommen könnte. Das ist die Ursache, weshalb man jetzt schon die Enteignung ausgesprochen hat, obwohl das Vorhaben erst in vier, fünf Jahren realisiert werden soll. Diesen Akt möchte ich als sehr hinterwäldlerisch bezeichnen.

PASQUALI (Assessore alla tutela dell'ambiente e trasporti - D. C.): Non posso pensare che si sia dato esecuzione ai lavori solo per utilizzare un momento più favorevole nell'applicazione dell'esproprio. Sono 20 anni che il Comune sta cercando di realizzare lo spostamento della ferrovia; quindi l'ha realizzata per lotti in base alle disponibilità finanzia-

rie che aveva. Man mano che ha potuto definire un lotto, lo ha posto immediatamente in esecuzione. D'altra parte il lotto che si sta facendo è proprio il rilevato ferroviario, che è la parte più importante. E' bene che questi lavori vengano eseguiti se la disponibilità delle somme lo consente. Non mi pare che si possa pensare ad una capziosa malafede del Comune di aver bruciato i tempi per danneggiare i contadini.

PRÄSIDENT: Wünscht noch jemand das Wort? Niemand. Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Ich erkläre somit die Generaldebatte für abgeschlossen.

Wir stimmen über den Übergang zur Diskussion der einzelnen Artikel ab: einstimmig angenommen.

Art. 1

L'Amministrazione provinciale è autorizzata a concedere al Comune di Bolzano un contributo straordinario di lire 250 milioni per la realizzazione dello spostamento della sede ferroviaria in sinistra del fiume Isarco della linea Bolzano - Merano da Bolzano a Ponte Adige con l'eliminazione dei passaggi a livello e costruzione della nuova sede ferroviaria.

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Chi chiede la parola? Nessuno. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 2

Per ottenere la concessione del contributo di cui al precedente art. 1, il Comune di Bolzano deve presentare all'Amministrazione provinciale domanda corredata dal progetto esecutivo delle opere da realizzare ed una relazione finanziaria. Inoltre, deve essere allegata copia della convenzione stipulata con l'amministrazione delle Ferrovie dello Stato per la realizzazione dell'opera e copia dell'atto di approvazione dei progetti esecutivi da parte della medesima amministrazione.

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Chi chiede la parola? Nessuno. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 3

Il contributo viene liquidato anche per singoli lotti dell'opera prevista dal progetto esecutivo, in

base a stati di avanzamento dei lavori regolarmente accertati ed approvati, su proposta dell'Assessore competente, con deliberazione della Giunta provinciale.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Chi chiede la parola? Nessuno. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 4

Alla copertura dell'onere di lire 250 milioni derivante dall'applicazione della presente legge, a carico dell'esercizio finanziario 1973, si provvede mediante riduzione di pari importo del fondo iscritto al cap. 5000 dello stato di previsione della Spesa — Tabella B — per l'esercizio finanziario corrente.

I fondi di cui al precedente comma, se eventualmente non impegnati nell'anno di riferimento, possono essere utilizzati negli esercizi successivi.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Chi chiede la parola? Nessuno. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 5

Nel bilancio di previsione della Provincia per l'esercizio finanziario 1973 sono introdotte le seguenti variazioni:

Tabella B - Uscite

Capitolo di nuova istituzione:

Titolo II - Sezione V - Rubrica VIII

Cap. 4330 - Contributo al Comune di Bolzano per la realizzazione dello spostamento della sede ferroviaria della linea Bolzano-Merano

Lire 250.000.000

Capitolo in diminuzione:

Cap. 5000 - Fondo a disposizione per far fronte ad oneri dipendenti da provvedimenti legislativi

Lire 250.000.000

Wer wünscht das Wort? Niemand. Chi chiede la parola? Nessuno. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Wünscht jemand das Wort zur Stimmabgabe? Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno. Niemand. Ich bitte die Stimmzettel zu verteilen.

(Votazione per scrutinio segreto - Geheime Abstimmung).

Ergebnis der Abstimmung: 20 abgegebene Stimmen, 20 Ja-Stimmen. Das Gesetz ist mit Stimmeinhelligkeit genehmigt. Esito della votazione: 20 votanti, 20 sì. La legge è stata approvata all'unanimità.

Punkt 15 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 227/73: „Ermächtigung einer neuen Ausgaben-grenze für die Durchführung eines Finanzierungsprogrammes zur Erleichterung der Ausführung von öffentlichen Arbeiten, aufgrund des L. G. Nr. 28 vom 29.8.1972“.*

Punto 15) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 227/73: «Autorizzazione di un nuovo limite di spesa per l'esecuzione di un piano di intervento finanziario per agevolare la realizzazione di opere pubbliche in base alla legge provinciale 29.8.1972, n. 28».*

(Bericht der Landesregierung, eingebracht vom Assessor Vaja - Relazione della Giunta provinciale presentata dall'Assessore Vaja).

Mit dem kürzlich vom Landtag genehmigten Landesgesetz betreffend die Ausführung eines Fünfjahresprogrammes für öffentliche Arbeiten im Interesse der Gebietskörperschaften sind im Gebiet der Provinz Bozen die zahlreichen gesetzlichen Maßnahmen des Staates, der Region und der Provinz ersetzt worden, aufgrund derer es bis heute möglich war, finanzielle Beiträge für die Ausführung von öffentlichen Arbeiten zu gewähren.

Zu den verschiedenen gesetzlichen Maßnahmen, die ersetzt worden sind, zählen die R. G. Nr. 17 vom 1.7.1963 und Nr. 40 vom 5.11.1968 sowie das L. G. Nr. 28 vom 29.8.1972, laut denen der Landesausschuß von Jahr zu Jahr Finanzierungsprogramme aufgestellt hat, die die Gewährung von gleichbleibenden Jahresbeiträgen mit einer Laufzeit von fünfzehn Jahren bis zum Ausmaß von 7,5% der als zulässig anerkannten Ausgaben vorgesehen haben.

Um die größtmögliche Anzahl von Beitragsgesuchen aufnehmen zu können sowie um die Bildung von passiven Rückständen zu verhindern, hat man in den obigen Programmen für die Finanzierung der Arbeiten gesorgt, indem man die wichtigsten davon in funktionelle Baupläne aufgeteilt hat, weil sie ihren Eigenschaften nach nicht innerhalb eines Jahres vollendet werden konnten.

Wenn einerseits das Gesetz über die Finanzierung eines Fünfjahresprogrammes für öffentliche Arbeiten im Interesse der Gebietskörperschaften den Gemeinden und ihren Genossenschaften erlaubt, einen Teil der neuen Zuweisung für die Vollendung jener Arbeiten zu verwenden, für welche sie zuständig sind und die in den obigen Programmen vorgesehen und nur teilweise finanziert wurden, so wird andererseits diese Möglichkeit den anderen Körperschaften für die zu ihren Lasten gehenden Arbeiten auch bei gleichen Voraussetzungen nicht gewährleistet.

Es besteht somit die Notwendigkeit einer Neufinanzierung des L. G. Nr. 28 vom 29.8.1972, um die finanzielle Deckung auch dieser letztgenannten Arbeiten sicherzustellen, die ansonsten Gefahr laufen, nicht vollendet werden zu können.

Man möchte darauf hinweisen, daß jene Arbeiten, die durch diese neue Bereitstellung von Geldmitteln begünstigt werden, vorranglichen Charakter haben. Es handelt sich nämlich fast ausschließlich um Bauten von Kindergärten und Altersheimen sowie um andere Bauvorhaben des Sozialsektors, die für die interessierten Gemeinschaften von besonderem Interesse sind. Eine Unterbrechung der Verteilung von Beiträgen für die genannten Projekte würde eine Aufschiebung auf unbestimmte Zeit mit sich führen, da die betreffenden Körperschaften nicht in der Lage wären, anderswo die notwendigen Mittel aufzutreiben.

Die benötigten Geldmittel wurden mit Lire 57.000.000 veranschlagt, die eben durch diesen Gesetzentwurf bereitgestellt werden sollen.

Da diese gesetzliche Maßnahme eine Ergänzung zum Gesetz über die Finanzierung eines Fünfjahresprogrammes für öffentliche Arbeiten im Interesse der Gebietskörperschaften darstellt, vertraut man auf eine baldige Genehmigung derselben durch den Landtag.

Con la legge provinciale concernente l'esecuzione di un piano quinquennale di lavori pubblici di interesse degli enti locali, approvata di recente dal Consiglio provinciale, sono stati sostituiti nel territorio della provincia di Bolzano gli innumerevoli provvedimenti legislativi statali, regionali e provin-

ciali, in base ai quali finora era possibile concedere sovvenzioni per l'esecuzione di opere pubbliche.

Fra i vari provvedimenti legislativi sostituiti figurano le leggi regionali 1.7.1963, n. 17, 5.11.1968, n. 40, e la legge provinciale 29.8.1972, n. 28, ai sensi delle quali la Giunta provinciale predispondeva di anno in anno programmi di finanziamento che prevedevano la concessione di contributi costanti quindicinali fino alla misura del 7,5% delle spese riconosciute ammissibili.

Nei programmi suddetti, per accogliere il maggior numero possibile di domande di contributo, come pure per evitare il formarsi di residui passivi, si è provveduto a finanziare le opere suddividendo quelle più impegnative, che non potevano cioè per le loro caratteristiche essere completate nel corso di un anno, in più lotti funzionali.

Se da una parte la legge sul finanziamento di un programma quinquennale di lavori pubblici di interesse degli enti locali consente ai Comuni ed ai loro consorzi di utilizzare parte delle nuove assegnazioni per il completamento di quei lavori di propria competenza compresi nei suddetti programmi e solo parzialmente finanziati, analoga possibilità non è invece garantita, pur ricorrendo gli stessi presupposti, agli altri enti per le opere a loro carico.

Si impone, quindi, la necessità di un rifinanziamento della legge provinciale 29.8.1972, n. 28, al fine di assicurare la copertura finanziaria anche di questi ultimi lavori, che in caso contrario rischierebbero di rimanere incompiuti.

Preme sottolineare che le opere che beneficeranno del nuovo stanziamento rivestono carattere di priorità. Trattasi, infatti, nella quasi totalità dei casi di costruzione di scuole materne, di case di riposo ed altre realizzazioni a carattere sociale di preminente interesse per le comunità interessate. Una interruzione nell'erogazione di contributi per le dette iniziative comporterebbe un loro indefinito rinvio nel tempo, non essendo gli enti promotori in grado di reperire altrove i fondi necessari.

Il fabbisogno preventivato ammonta a lire 57.000.000 ed il presente disegno di legge ha appunto lo scopo di stanziare detto importo.

Stante il carattere di complementarietà del presente provvedimento legislativo alla legge sul finan-

ziamento di un programma quinquennale di lavori pubblici di interesse degli enti locali, si confida in una sua sollecita approvazione da parte del Consiglio provinciale.

Die Kommission hat das Gesetz einstimmig genehmigt, dadurch erfordert es keinen Bericht. Dato che la Commissione legislativa ha espresso unanime parere favorevole sul disegno di legge in questione non occorre alcuna relazione.

Ich eröffne die Generaldebatte zum Gesetzesantrag. Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Die Generaldebatte ist abgeschlossen. Wir stimmen zum Übergang der einzelnen Artikel ab: einstimmig angenommen.

Art. 1

Per la concessione dei contributi previsti all'art. 1, primo comma, della legge provinciale 29 agosto 1972, n. 28, è autorizzato, a carico dell'esercizio finanziario 1973, il limite di impegno di spesa di lire 57 milioni. Le relative annualità saranno iscritte negli stati di previsione della Spesa della Provincia in misura di lire 57 milioni per ciascuno degli esercizi finanziari 1973 - 1987.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 2

Sono ammissibili al contributo previsto dal precedente articolo le opere comprese nei piani annuali approvati ai sensi delle leggi regionali 1 luglio 1963, n. 17, 5 novembre 1968, n. 40, e della legge provinciale 29 agosto 1972, n. 28, per la quota corrispondente alla differenza fra la spesa riconosciuta ammissibile e la somma finanziata nei piani anzidetti, che siano a carico di società cooperative ed altri enti, associazioni e comitati, che posseggano il requisito della personalità giuridica con esclusione dei Comuni, dei loro consorzi e delle comunità di valle.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 3

Alla copertura dell'onere di lire 57 milioni a carico dell'esercizio finanziario 1973 si provvede con

una quota di pari ammontare delle maggiori entrate accertate nel corrente esercizio finanziario sul gettito della sovrimposta provinciale sui redditi dei fabbricati e dell'addizionale provinciale all'imposta comunale sulle industrie, i commerci, le arti e professioni ai sensi degli artt. 19 e 20 della legge 16 settembre 1960, n. 1014.

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Wünscht jemand das Wort zur Stimmabgabe? Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno. Niemand. Ich bitte die Stimmzettel zu verteilen.

(Votazione per scrutinio segreto - Geheime Abstimmung).

Ergebnis der Abstimmung: 20 abgegebene Stimmzettel, 19 Ja-Stimmen, ein weißer Stimmzettel. Esito della votazione: 20 votanti, 19 sì, una scheda bianca. Das Gesetz ist genehmigt.

Wir kommen nun zum letzten Punkt der Tagesordnung: *Beschluß der Landesregierung vom 22.10.1973, Nr. 4336: „Vorschlag zur Anfechtung vor dem Verfassungsgerichtshof des Art. 74 des D. P. R. 29.9.1973, Nr. 600“.*

Ultimo punto dell'ordine del giorno: *Delibera n. 4336 della Giunta provinciale del 22.10.1973: «Proposta impugnazione avanti Corte Costituzionale dell'art. 74 del D. P. R. 29.9.1973, n. 600».*

Der Wortlauf des Beschlusses des Landesausschusses ist folgender:

Il decreto del Presidente della Repubblica 29.9.1973, n. 600, pubblicato nel supplemento ordinario n. 1 della Gazzetta Ufficiale 16.10.1973, n. 268, nel quadro della riforma tributaria, ha introdotto e disciplinato all'art. 74 la nominatività obbligatoria di titoli azionari.

Tale articolo pone l'abolizione delle deroghe al principio della nominatività, deroghe previste nelle leggi di Regioni a Statuto speciale e per quello che riguarda la Regione Trentino-Alto Adige nella L. R. 8.8.1959, n. 10, concernente l'autorizzazione alla emissione di azioni al portatore nella regione Trentino-Alto Adige.

E' noto che con la legge regionale di cui sopra viene data facoltà a determinate condizioni di emettere azioni al portatore per le società esercenti industrie locali allo scopo d'incentivare l'economia della regione.

La nominatività introdotta nel citato art. 74, oltre ad essere lesiva dell'interesse regionale, appare certamente incostituzionale, in quanto con ordinamento dello Stato viene caducata una legge regionale che fa parte di un ordinamento costituzionalmente garantito.

Premesso che la legge costituzionale 10.11.1971, n. 1, ha trasferito alle Province di Trento e Bolzano la competenza legislativa in materia d'industria e commercio, si ritiene indispensabile che il Consiglio provinciale valuti la convenienza ed opportunità di impugnare ai sensi dell'art. 98 del nuovo Statuto speciale, l'art. 74 del D. P. R. 29.9.1973, n. 600, concernente disposizioni comuni in materia d'accertamento delle imposte sui redditi.

La Giunta provinciale, udita la relazione, a maggioranza di voti, (voto contrario dell'Ass. Sfondrini) espressi nelle forme di legge,

delibera

di trasmettere al Consiglio provinciale proposta di impugnativa avanti la Corte Costituzionale della norma statale indicata in premessa.

Questa delibera è stata esaminata dalla terza Commissione legislativa e pregherei l'avv. Agostini di illustrare quanto disposto dalla stessa.

AGOSTINI (P. L. I.): La Commissione legislativa si è riunita poco fa ed ha preso in esame la proposta di delibera della Giunta provinciale di impugnativa del D. P. R. 29.9.1973, n. 600. La Commissione, dopo aver udita la relazione dell'Assessore competente, Dr. Spögler, e dopo breve discussione, ha deliberato all'unanimità di dare voto favorevole.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione su questa delibera. La parola all'Assessore Sfondrini.

SFONDRINI (Assessore alle attività culturali - P. S. I.): Come risulta dalla delibera stessa c'è il mio voto contrario. Siamo contrari all'impugnativa

come siamo stati contrari a suo tempo alla legge votata dal Consiglio regionale. Non sto qui a spiegare i motivi; dico solamente che non crediamo che questi tipi di incentivi potevano ed abbiano dato dei risultati positivi. Un altro motivo: risulta che esistono due sentenze della Corte Costituzionale, le quali hanno dichiarato incostituzionali leggi simili di altre Regioni a Statuto speciale. Quindi, dati questi precedenti, non pensiamo che la Corte Costituzionale possa modificare il suo indirizzo e pertanto vediamo l'inutilità dell'impugnativa del D. P. R. n. 600, che non è altro che emanazione dell'attuale Governo al quale noi partecipiamo. Per queste ragioni di estrema coerenza siamo contrari all'impugnativa stessa.

GOUTHIER (Segretario - P. C. I.): Questo è l'ultimo dibattito della legislatura su provvedimenti ed iniziative della Giunta. Mi sembra che come delibera questa della Giunta sia emblematica di un certo indirizzo politico. La non nominatività dei titoli non è a nostro avviso un incentivo alla produzione, un incentivo allo sviluppo economico; la non nominatività dei titoli il più delle volte — lo abbiamo detto diffusamente in Consiglio regionale — è un incentivo alla speculazione all'imboscamento della ricchezza ed all'evasione fiscale. Questo è l'incentivo reale che viene dato con questa forma di cosiddetta legislazione speciale. Noi siamo per l'autonomia, siamo per impugnare le leggi statali quando queste leggi violano l'autonomia, però l'autonomia non è un fatto formale, ma è un fatto sostanziale. In questo caso è una rivendicazione pseudo-autonomistica, una rivendicazione diretta a tutelare l'imboscamento, la fuga delle ricchezze, è diretta a tutelare la speculazione. Per questo, così come noi siamo stati e siamo tuttora contro questa misura di eccezionalità nel nostro territorio. L'azionariato deve essere nominativo; i redditi azionari devono essere controllati, devono pagare le tasse e le imposte prescritte dalla legge su tutto il territorio nazionale. Quindi noi siamo fermamente contrari a questa delibera.

AGOSTINI (P. L. I.): Signor Presidente, signori colleghi, non avrei chiesto la parola se non fossero intervenuti i colleghi Sfondrini e Gouthier. Dico subito che le dichiarazioni dei due colleghi sono quanto meno strabiglianti, per due ordini di motivi. Il collega Sfondrini ed il collega Gouthier hanno affermato che l'attuale regime che vige nella nostra

regione è — ci tengo a rilevarlo, dato che me se ne offre l'occasione — frutto di una Giunta centrista e di un Assessorato liberale, in quanto questa legge, che oggi viene ad essere eliminata con un colpo di spugna da un decreto presidenziale, è proprio il frutto di un'azione liberale, che ha portato nella nostra provincia nel corso di 14 anni benessere per tutte le categorie sociali, compresi i lavoratori che qui oggi si ritengono rappresentati solo dai due colleghi socialista e comunista. L'economia della nostra regione è avanzata proprio in virtù di questa legge regionale. Io sfido chiunque a dimostrare il contrario, a dimostrare cioè che questa legge abbia avuto come conseguenza solo l'imboscamento di beni o di capitali, come si è voluto affermare poco fa. E' ridicolo ritenere questo, perchè se c'è una riforma tributaria come quella che sta entrando in funzione in Italia e se non si crede a questo, vuol dire che la riforma che sta per nascere non conta niente e non sarà capace di colpire gli evasori. O delle due l'una, colleghi: se c'è una riforma tributaria allora questa riforma dovrà colpire anche gli evasori in materia di azionariato.

In secondo luogo, qui si è detto che la Corte Costituzionale si è già espressa e che pertanto è inutile proporre una nuova impugnativa. Evidentemente il collega Sfondrini non ha pratica di cose legali e non sa che i mutamenti di indirizzo anche della Cassazione sono all'ordine del giorno; per cui non ci sarà niente da meravigliarsi se un domani, trattando questo ricorso, la Corte Costituzionale muti il suo indirizzo. Ne abbiamo visti anche troppi di mutamenti di questo genere, per cui penso che non ci sarà da meravigliarsi su un cambiamento di indirizzo anche in questo caso. Io sono convinto che riuscirà, perciò nessuna cosa è inutile, collega Sfondrini. Pertanto io voto a favore di questa delibera di impugnativa.

NEUHAUSER (S. V. P.): Ich möchte die Einbringer auffordern, uns zu erklären, um was es sich hier im einzelnen handelt. Ich weiß zwar, daß es hier um Inhaber- und Namensaktien geht, aber nachdem man leider wieder nur einen italienischen Text erhalten hat, hätte ich gerne eine deutsche Erklärung dazu.

SPÖGLER (Assessor für Industrie, Handwerk, Fremdenverkehr und Sport - S. V. P.): Herr Präsident, sehr verehrte Kollegen! Die Assessoren der

Regionen mit Sonderstatut bzw. die Landesassessoren der autonomen Provinzen Bozen und Trient haben sich in den letzten Monaten getroffen, um das Problem der Umwandlung der Inhaberaktien in Namensaktien zu diskutieren. Man hat beschlossen, bei der 30er Kommission vorstellig zu werden, welche von der Regierung eingesetzt wurde, um die Dekrete, die im Zusammenhang mit der Steuerreform erlassen werden müssen, zu diskutieren. Es ist uns gelungen zu erreichen, daß seitens der 30er Kommission die Empfehlung ausgesprochen hätte werden sollen, daß die bereits ausgegebenen Inhaberaktien erst am 31.12.1980 in Namensaktien umgewandelt würden. Leider hat es die 30er Kommission im Schlußbericht unterlassen, an den Ministerrat diese Empfehlung für die Verlängerung bis 1980 aufzunehmen. Mit dem Regierungsdekret bzw. D. P. R. wird nun verfügt, daß die Inhaberaktien innerhalb 31.12.1974 in Namensaktien umgewandelt werden müssen. Somit ist ganz klar, daß nicht nur das Regionalgesetz Nr. 10 vom 8.8.1959 abgeschafft wird, sondern es wird unseres Erachtens mit diesem Dekret der autonomen Provinz Bozen eine primäre Zuständigkeit auf dem Sektor des Fremdenverkehrs, des Verkehrswesen und Transportwesens genommen und auf den Sektoren Handel und Industrie wird uns eine sekundäre Zuständigkeit genommen.

Es ist in diesem Zusammenhang sehr interessant zu sagen, daß die EG-Kommission gerade jetzt dabei ist, auf dem Verordnungswege die Inhaberaktien in allen Mitgliedsstaaten einzuführen. Ich habe hier einen Brief des Senators Dr. Brugger. In diesem Schreiben wird zum Ausdruck gebracht, daß er Mitglied des Rechtsausschusses des Europaparlamentes ist — nicht nur Mitglied, sondern geradezu Berichterstatter dieser Verordnung — und es wird nicht mehr lange dauern, dann wird dieser Vorschlag der Kommission dem Plenum zur Diskussion unterbreitet werden. Diese Kommission im Europaparlament ist einstimmig der Meinung, daß die Inhaberaktien in allen Mitgliedstaaten, soweit sie nicht schon eingeführt sind, eingeführt werden sollten. Der Senator Brugger hat beim Finanzministerium auf diesen Umstand aufmerksam gemacht, daß in absehbarer Zeit diese EG-Verordnung zu erwarten ist. Somit müßte Italien die Inhaberaktien im Sinne der EG-Normen wiedereinführen. Dieses Dekret des Präsidenten der Republik ist jedoch trotz dieser Intervention ergangen und ich glaube, daß wir als autonome Provinz wohl verpflichtet sind,

die autonomen Befugnisse wahrzunehmen. Irgendwie kann ich zwar verstehen, daß die sozialistische Partei, da sie bereits 1959 gegen das Gesetz Nr. 10 gestimmt hat, grundsätzlich nun auch gegen diese Anfechtung ist. Es ist Sache der Partei, für oder gegen ein Gesetz zu stimmen. Wenn man aber als autonome Provinz und in diesem Fall eben als Südtiroler Landtag eine staatliche Bestimmung, ein Dekret anzufechten versucht, weil wir glauben, daß damit autonome Befugnisse verletzt werden, müßten eigentlich alle Abgeordneten dafür sein, damit der Rechtsweg beschritten werden kann, d. h. daß wir vor den Verfassungsgerichtshof gehen.

BENEDIKTER (Assessor für Raumordnung, Wohnbau und Wirtschaftprogrammierung S.V.P.): Ich möchte beantragen, daß im dritten Absatz des Beschlusses auch angegeben wird, welche Artikel des Autonomiestatutes gemäß einschlägigem Staatsgesetz durch das Dekret des Präsidenten der Republik als verletzt erachtet und angefochten werden. Der Wortlaut soll so sein: *... „weil hiemit die gesetzgeberische primäre bzw. sekundäre Zuständigkeit verletzt wird in den Sachgebieten Transport und Fernmeldewesen, Fremdenverkehr und Hotelindustrie, Handel und Förderung der industriellen Erzeugung gemäß Art. 5 und 6 des Verfassungsgesetzes vom 10. November 1971 Nr. 1 im Zusammenhang mit dem Regionalgesetz vom 8. August 1959 Nr. 10, welches als Landesgesetz gemäß Art. 56 desselben Verfassungsgesetzes angewendet wird.“* In italienisch soll es so heißen: *«... perchè lesivo della competenza legislativa primaria rispettivamente secondaria nelle materie comunicazione trasporti, turismo, industria alberghiera rispettivamente commercio ed incremento della produzione industriale di cui agli artt. 5 e 6 della Legge Costituzionale 10 novembre 1971 n. 1 in relazione alla Legge regionale 8 agosto 1959 n. 10, applicata quale legge provinciale in virtù dell'art. 56 della Legge Costituzionale citata»*. Das wäre also einzufügen.

BERTORELLE (D. C.): Desideravo dire al Consiglio i limiti della nostra adesione a questa deliberazione. Non siamo stati noi a prendere l'iniziativa; essa infatti è stata presa dal collega Spögler e dal gruppo dell'S.V.P. in Giunta provinciale. Con questo non dico che non l'approviamo, ma dico solo che forse non avremmo preso questa iniziativa. Noi però non ci opponiamo alla verifica costituzionale, come normalmente, se non ci sono questioni di

principio, non siamo contrari acché la Corte Costituzionale chiarisca quei punti, cioè chiarisca la costituzionalità delle leggi per le quali ci sono dei dubbi. Lo facciamo anche per una valutazione di carattere autonomistico. In sostanza il decreto del Presidente della Repubblica, che nel quadro della riforma tributaria ha disciplinato l'art. 74, che stabilisce esclusivamente la nominatività obbligatoria dei titoli azionari, viene ad incidere sul nostro ordinamento, viene cioè a far cadere una legge che finora è stata in vigore e che non ha avuto nessuna impugnativa davanti alla Corte Costituzionale. Se altre leggi di altre Regioni sono state impuginate davanti alla Corte Costituzionale e se questa ha ritenuto di esprimersi in quel tal modo che conosciamo, questo non riguarda la nostra Regione, perchè sappiamo che le pronunce della Corte Costituzionale riguardano solo il caso per il quale viene fatta l'impugnativa. Sarebbe, quindi, più corretto che anche le nostre leggi fossero portate davanti alla Corte Costituzionale, cioè fosse sollevato nel corso di un giudizio la incostituzionalità della norma, dopo di che evidentemente anche la nostra legge sarebbe dichiarata illegittima. Il sistema seguito dal Governo è pericoloso, perchè pur affermando dei principi che sono contenuti in sentenze della Corte Costituzionale, viene a far cadere una legge regionale. Francamente il sistema presenta delle preoccupazioni, perchè come oggi per la questione della nominatività dei titoli, domani potrebbe essere anche per altre cose; quindi io penso che noi dobbiamo essere strettamente gelosi delle nostre competenze e chiedere anche nei casi dubbi che la Corte Costituzionale si pronuncii. Questo per la salvaguardia delle nostre prerogative autonomistiche.

Ho detto all'inizio che l'iniziativa non è stata nostra, quindi la nostra adesione non significa alcun giudizio sulla nominatività o sull'azionariato al portatore. Su questo ci riserviamo di prendere posizione. E' una legge che ha avuto la sua storia, che ha portato dei benefici; ci sono ancora luci ed ombre su quello che è stato l'effetto di questa legge, che pure noi abbiamo approvato in Consiglio regionale.

AGOSTINI (P. L. I.): Pancheri non è di questo parere.

BERTORELLE (D. C.): Pancheri non è di questo parere, ma ci sono anche altri. Non voglio smen-

tire Pancheri, ma dico solo che non siamo eccessivamente entusiasti di questa legge. Comunque è chiaro che la nostra adesione a questa deliberazione non significa una valutazione di merito sulla legge; significa soltanto tutela delle prerogative autonomistiche ed opportunità che la Corte Costituzionale si esprima su questo ricorso.

SFONDRINI (Assessore alle attività culturali - P. S. I.): Io credevo che non si sviluppasse un dibattito così ampio su questa deliberazione. Ho cercato di essere breve, ma sono costretto a ritornare sull'argomento. E' chiaro che noi diamo una valutazione politica alla questione. Anche noi ci siamo spesso volte associati di fronte ad impugnative che fossero rivolte alla difesa dei diritti autonomistici delle Provincie e delle Regioni. Ma questa valutazione politica la dobbiamo fare come l'abbiamo fatta su questa legge quando il Consiglio regionale l'ha votata anche se con il nostro voto contrario. Ogni giorno se ne impara una! Oggi, per esempio, abbiamo scoperto che se c'è stato uno sviluppo economico di una certa entità nella regione Trentino-Alto Adige lo si deve a questa legge. L'affermazione viene dal consigliere Agostini. E' un'affermazione che può essere tranquillamente contestata, perchè, come ha detto giustamente il collega Bertorelle, su questa legge ci sono aspetti positivi e molte ombre. Ma ragionando politicamente, consigliere Agostini, quando ci si rivolge l'accusa di non credere nemmeno noi alla riforma tributaria che sta per essere varata ed entrerà in vigore il prossimo anno, e si dice che sono quelli i mezzi per colpire gli evasori fiscali o coloro che si vogliono sottrarre in qualche modo al pagamento delle tasse e delle imposte, e poi si difende questa legge attribuendole delle qualità terapeutiche nell'economia, è evidente che la si esamina solo ed esclusivamente sotto l'aspetto fiscale. L'anonimato è un modo chiaro per evadere, perchè se non fosse così non ci sarebbe ragione di creare l'anonimato. E' un incentivo quanto meno equivoco.

Per quanto riguarda, poi, la previsione sulla sorte di questa delibera davanti alla Corte Costituzionale, è chiaro che la potremo trarre nel momento in cui la Corte Costituzionale emanerà la sua sentenza, ma non bisogna — non sono un giurista, né mi reputo tale — non tener conto che proprio su questa materia laddove le Regioni avevano competenza analoga alla nostra e laddove è stata sollevata l'incostituzionalità, la Corte Costituziona-

le si è espressa per la sua incostituzionalità. Di questo bisogna tenerne conto, signori.

AGOSTINI (P. L. I.): Non è la prima volta che la Corte cambia parere!

SFONDRINI (Assessore alle attività culturali - P. S. I.): Di fronte ad un decreto che nasce nel quadro della riforma tributaria di un Governo al quale noi partecipiamo, anche per questa ragione, ma soprattutto per ragioni politiche, senza nulla togliere alla libertà di verificare in sede costituzionale sulla costituzionalità o meno di questa legge, noi siamo contrari alla delibera. E con questo siamo coerenti — lo ha riconosciuto anche il collega Spögler — con l'atteggiamento che il mio partito ha assunto al momento in cui la legge fu varata dal Consiglio regionale.

PRÄSIDENT: Wünscht noch jemand das Wort? Niemand. Ich lasse über diesen Beschluß mit der Abänderung, vorgeschlagen vom Assessor Benedikter, abstimmen: mit 17 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen angenommen. La delibera è approvata a maggioranza con 17 voti favorevoli e 3 voti contrari. Der Beschluß ist somit endgültig gefaßt.

Wir würden nun zum letzten Punkt der Tagesordnung kommen, also zu den „Anfragen und Interpellationen“.

Herr Abg. Mayr wollte dazu etwas sagen. Er hat das Wort.

MAYR (Sekretär - S. V. P.): Von den etwa 42 behängenden Anfragen stammen genau 30 unerledigte Anfragen von mir. Ich möchte hier nicht missverstanden werden: Es soll als reines Zeichen der Höflichkeit gelten, wenn ich mich einverstanden erkläre — vorausgesetzt natürlich, dass auch die Kollegen einverstanden sind; es sollte nicht so sein, dass deren Anfragen behandelt werden, meine jedoch nicht —, dass also die Anfragen seitens der einzelnen Regierungsmitglieder schriftlich beantwortet werden, und zwar bis zum 18. November. Ich würde auf eine Behandlung nicht verzichten, aber mich mit einer schriftlichen Beantwortung, die zu meiner persönlichen Genugtung der Klärung der darin behandelten Themen dienen würde, zufrieden geben. Ich muss ausdrücklich erklären: Nur wenn

alle andere Einbringer von Anfragen damit einverstanden sind, würde ich ein solches Abkommen mit der Landesregierung eingehen. Falls die Dinge laut Geschäftsordnung so ausgelegt werden, dass die Anfragen hier verlesen werden müssen, dann möchte ich anregen, dass die schriftlichen Antwortbescheide — wie früher im Regionalrat — dem Einbringer und zur Kenntnisnahme allen Kollegen durch das Präsidium zugestellt werden. Dies wünsche ich auch deshalb, weil mich auch die Antwort auf jene Anfragen interessiert, die ein anderer Kollege eingereicht hat.

Allerdings liegen auch einige Anfragen vor, das sei hier festgestellt, die laut Art. 100 der Geschäftsordnung des Landtages die Zuständigkeit des Landes überschreiten, wie z.B. die Anfrage über das Eisenbahnpersonal. Mir kommt es darauf an, dass die Dinge hier im Landtag einen politischen Aufhänger finden, um dann von der Landesregierung verfolgt zu werden. Ich weiss, dass, was das genannte Problem betrifft, der Landeshauptmann mit dem zuständigen Ministerium bereits in Verhandlung steht. Deshalb verstehe ich auch, dass solche Anfragen hier nicht ausführlich, mit einer politischen Verpflichtung, behandelt werden können. Es liegen zwei oder drei solcher Anfragen vor.

Dies soll für den Landtag auch eine Lehre sein — ähnlich wie im Regionalrat, wo Begehrensgesetzesentwürfe behandelt werden können, auch was Bereiche anbelangt, die nicht in die Zuständigkeit des Regionalrates fallen —, die Geschäftsordnung in der kommenden Legislaturperiode dahingehend abzuändern, dass auch Anfragen über solche Materien behandelt werden können. Sollte ich dem nächsten Landtag noch angehören, dann werde ich dem Landtag eine Abänderung der Geschäftsordnung in dieser Hinsicht vorschlagen. Dies auch, um dem parlamentarischen Mittel der Anfrage eine bessere Funktion zu geben.

Abschliessend muss ich noch kurz zu zwei Dingen Stellung nehmen.

Die Anfrage bezüglich der Sozialhilfsmassnahmen ist zu einem Zeitpunkt eingereicht worden, in dem sich herausgestellt hat, dass die Regionalregierung im Sinne des Regionalgesetzes Nr. 29 vom August 1971 keine Beiträge mehr gewähren kann, weil die betreffenden Interessenten die Voraussetzungen des Gesetzes, fünf Versicherungsjahre,

nicht erfüllen. Ich habe die Anfrage eingereicht — der Betreuungssektor fällt ja unter die Zuständigkeiten des Landes —, um zu erfahren, ob die Landesregierung diese Fälle im Betreuungswege berücksichtigen wird. Ich habe dann zusätzlich, über den Regionalausschuss, bei der Refinanzierung desselben Gesetzes eine Tagesordnung vorgelegt, die von Herrn Landesrat Pasquali und Herrn Landesrat Dalsass unterfertigt wurde. Es ist nicht so, dass ich dadurch beide Assessoren hereinlegen wollte, bei Gott nicht; die Landesregierung hat aber dadurch gegenüber dem Inhalt dieser Anfrage eine bestimmte Verpflichtung übernommen. Ich bin damit einverstanden, dass auch diese Anfrage schriftlich beantwortet wird. Ich möchte jedoch darum ersuchen, dass diesem Beschlussantrag des Regionalrates, den zwei Regierungsmitglieder des Landes Südtirol mitunterzeichnet haben, Rechnung getragen wird. Ich sage dies, weil ich ja keine Gelegenheit mehr habe, zur Antwort Stellung zu beziehen.

Dasselbe gilt für die Telefondienste. Es tut mir ausserordentlich leid, erklären zu müssen, dass das sogenannte „Deutsche Blättchen“ des „Alto Adige“ geglaubt hat, diesen lächerlichen und bedauerlichen Zustand verteidigen zu müssen, indem es erklärt, Sepp Mayr habe dies ausfindig gemacht. Ich erkläre, es ist bedauerlich, dass es solche Leute gibt, die diese Zustände noch bestätigen. Tatsache ist, dass von 213 Angestellten lediglich vier Südtiroler sind und dass Leute aus Lybien hier eingewandert sind.

Sollten die Landesregierung und natürlich auch die übrigen Kollegen mit diesem Vorschlag der schriftlichen Beantwortung einverstanden sein, dann würde ich mich damit zufriedengeben und wäre bereit, auch aus zeitlichen Gründen, hier auf die gesamte Abwicklung zu verzichten.

MAGNAGO (Präsident des L. A. - S. V. P.): Zum Vorschlag des Herrn Kollegen Mayr möchte ich folgendes sagen. Kollege Mayr sagt: Ich verzichte jetzt auf die Behandlung meiner zahlreichen Anfragen, wenn ich die Zusicherung bekomme, dass diese Anfragen schriftlich beantwortet werden. Ich bin selbstverständlich grundsätzlich einverstanden. Ich jedoch möchte den bereits von Herrn Kollegen Mayr zitierten Art. 100 der Geschäftsordnung kurz vorlesen: „Anfragen, Interpellationen und Beschlussanträge, die Sachgebiete betreffen, die nicht in die Zuständigkeit der Provinzorgane fallen, werden nicht zugelassen“.

Das ist klar. Unter den zahlreichen Anfragen des Kollegen Mayr sind auch solche, die unter den Art. 100 fallen, weil sie Sachgebiete berühren, die nicht in die Zuständigkeit der Provinzorgane fallen. Somit bin ich mit dem Vorschlag des Kollegen Mayr einverstanden, aber mit der Einschränkung, dass nur jene Anfragen schriftlich beantwortet werden sollen, die in die Zuständigkeit der Landesregierung fallen, also jene Anfragen ausgenommen bleiben, die Themen berühren — Kollege Mayr sagt, es seien deren zwei —, die nicht in die Zuständigkeit der Landesregierung fallen. Der Art. 100 macht keinen Unterschied zwischen jenen Anfragen, die mündlich beantwortet werden und jenen Anfragen, die schriftlich beantwortet werden müssen. Der Art. 100 gilt für alle. Nach dieser Klärung, und vorausgesetzt, dass auch die anderen Kollegen einverstanden sind, kann ich es nur begrüßen, wenn wir nicht noch eine eigene Sitzung abhalten müssen. Ich glaube, dass auch meine Kollegen der Landesregierung sich verpflichtet fühlen, jene Anfragen schriftlich zu beantworten, die in die Zuständigkeit des Landes fallen. Einige wenige, angeblich zwei oder drei, die nicht in diese Zuständigkeit fallen, können auch nicht schriftlich beantwortet werden.

MAYR (Sekretär - S. V. P.): Herr Landeshauptmann, selbstverständlich bin ich damit einverstanden, um so mehr, da ich weiss, dass Sie, trotz der nicht gegebenen Zuständigkeit des Landtages, die Probleme bei der politisch zuständigen Behörde verfolgt haben, siehe Eisenbahnpersonal u. a. Deshalb erkläre ich mich gerne damit einverstanden und danke Ihnen persönlich für diese Ihre Intervention.

PRÄSIDENT: Meine Herren Kollegen, dazu ist folgendes zu sagen. Der Art. 90 der Geschäftsordnung besagt, dass der Landtag von den schriftlichen Antworten in Kenntnis gesetzt werden muss. Ich kann diese Bestimmung ohne weiteres so interpretieren, dass die In-Kennntnis-Setzung auch schriftlich erfolgen kann, also direkt an jeden einzelnen Abgeordneten. Wenn also die Antwort seitens des zuständigen Landesrates einlangt, wird das Landtagspräsidium diese den einzelnen Abgeordneten zusenden, damit sie von dieser Antwort in Kenntnis gesetzt werden. Wir können auch so weit gehen, dass wir die Antworten durch die Verteilung an die Presse bekannt machen.

Was den Einwand der Nicht-Zuständigkeit betrifft, so muss ich diese Entscheidung dem Präsi-

ten des Landtages vorbehalten; er ist es, der darüber zu bestimmen hat. Die diesbezügliche Antwort würde über das Landtagspräsidium an den Anfragesteller gehen. Ich glaube, so ist alles klar.

Possiamo accettare questa proposta soltanto qualora anche gli altri interroganti si dichiarino d'accordo con questa procedura. Altri interroganti sono l'avv. Gouthier e l'avv. Mitolo.

L'avv. Mitolo, data la sua assenza, decade dal diritto alla risposta. Il consigliere Gouthier rinuncia, e così possiamo chiudere l'argomento. Wir können also das Argument abschliessen und diesen Punkt „Anfragen und Interpellationen“ als erledigt betrachten.

Da diese Sitzung die letzte in dieser Legislaturperiode ist, gestatten Sie mir zwei Worte. Ich möchte diese Periode nicht abschliessen, ohne ein Wort des Dankes an den Landesausschuß, den Herrn Landeshauptmann, an sämtliche Kollegen für die Zusammenarbeit mit dem Präsidium während der ganzen Legislaturperiode auszusprechen. Diese Zusammenarbeit war nicht immer leicht, denn Sie wissen, daß sich im letzten Jahr die Arbeit durch das Inkrafttreten der neuen Autonomie besonders intensiv gestaltet hat. Es bedurfte vielfach des guten Willens der einzelnen Mitglieder, um wirklich bei der Sache zu sein und positiv mitzuarbeiten. Wenn durch aufgetretene Verfahrensmängel manchmal auch „Unkorrektheiten“ in der rein formellen Behandlung des Argumentes aufgetreten sind, so ist das wohl der Eile und der Überfülle an Arbeit zuzuschreiben. Sie wissen ja, in diesen letzten Monaten, im letzten halben Jahr, mußten über 80 Gesetzesanträge von den Gesetzeskommissionen gründlich behandelt und dann im Landtag zur Abstimmung gebracht werden, was eine Fülle von Arbeit bedeutete und wirklich den guten Willen und die Disposition der einzelnen Abgeordneten unter harte Probe gestellt hat. Ich will das hier in aller Öffentlichkeit sagen.

Ich möchte meinen Dank auch dem ganzen Beamtenstab des Landtages aussprechen. Auch die Beamten des Landtages sind einer harten Prüfung unterzogen worden, gerade wegen dieser Überfülle von Arbeit. Dank gebührt auch dem Übersetzungsamt, das manchmal Tag und Nacht arbeiten mußte, um die Übersetzungen bereitzustellen, damit alles flüssig über die Bühne laufen konnte, den Ämtern,

die mit der schriftlichen Übertragung sämtlicher Gesetzesanträge und des Gesetzeswortlautes befaßt waren.

Ich danke auch der Presse und dem Rundfunk, die für die Situation, in der wir uns befunden haben, Verständnis aufgebracht haben. Es waren fünf Jahre, die für diese Autonomie entscheidend waren und ich glaube, daß wir dieser Aufgabe auch in dieser Zeit gerecht werden konnten.

Ich darf mich, am Ende dieser Legislaturperiode, von Ihnen allen verabschieden. Allen Kollegen, die sich in der künftigen Wahl der von der Demokratie vorgesehenen Überprüfung und Bewertung ihres persönlichen Verhaltens und der Partei der sie angehören, stellen, wünsche ich vollen Erfolg und hoffe, daß sie diesen Erfolg so in die Tat umsetzen können, daß sie auch für eine weitere Gesetzgebungsperiode in Interesse der Bevölkerung ihre wertvollen Dienste leisten können.

Ich gebe Herrn Landeshauptmann das Wort.

MAGNAGO (Landeshauptmann - S. V. P.): Wir haben alle die Worte des Herrn Landtagspräsidenten gehört, Abschiedsworte für diese 6. Legislatur unserer Autonomie. Es ist vom Herrn Landtagspräsidenten hervorgehoben worden, daß der Landtag besonders in den letzten Monaten eine sehr anstrengende Arbeit zu vollbringen hatte, und zwar nicht nur der Landtag, sondern auch die Gesetzeskommissionen und die Mitarbeiter unseres Landtages und des Landtagspräsidiums selbst. Ich möchte es nicht versäumen, besonders zu unterstreichen, daß wir im Jahre 1973 — die Legislatur hat 5 Jahre gedauert, aber das Jahr 1973 war ein besonderes Jahr, nämlich ein Jahr des Überganges von der alten auf die neue Autonomie — sehr viele Probleme hatten, welche zum Teil wenigstens nur so gelöst werden konnten, dass der Landtag in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Menge von Gesetzen verabschiedet hat, ohne welche die neue Autonomie nicht funktionieren könnte.

Es ist staunenswert, wie das Präsidium des Landtages, obwohl vielleicht nicht so eingerichtet, doch imstande war, diese Flut von Gesetzen zu verarbeiten, Übersetzungen zu machen, die Unterlagen an die Kommissionen weiterzugeben, sodaß man oft indem man formelle Dinge übersprungen hat, um nur zur Sache zu kommen, den Landtag in die La-

ge versetzt hat, diese Gesetze rechtzeitig zu verabschieden.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Präsidenten und die Mitglieder der Kommissionen, die viele Gesetzentwürfe im letzten Moment erhalten haben, wenn sie gewollt hätten, sich ohne weiteres auf die Geschäftsordnung des Landtages hätten versteifen können und sagen daß sie das Recht hätten, daß hier Termine eingehalten werden müssen und die Kommission so und so viele Wochen arbeiten muss bevor sie einen Bericht erstattet. Hätte man sich hier versteift, wäre nicht einmal die Hälfte der Gesetze, die dringend zu verabschieden waren, verabschiedet worden. Besonders dem Entgegenkommen der Präsidenten und der Mitglieder der Kommissionen ist es zu verdanken, daß, obwohl in großer Eile, Opferbereitschaft gegeben war, Gesetze unter nicht normalen Verhältnissen — wenn ich das so sagen kann — zu behandeln.

Ich glaube noch hinzufügen zu dürfen, daß ich somit im Namen des gesamten Landesausschusses den Herren Präsidenten des Landtages, den Präsidenten der Kommissionen und ihren Mitgliedern

und allen Landtagsabgeordneten für das große Verständnis, das sie in einer verhältnismäßig schweren Zeit gezeigt haben, danke.

NEUHAUSER (S. V. P.): Ich möchte mich nur als Benjamin dieses Gremiums für die Korrektheit, die der Herr Präsident und die Vorsitzenden des Präsidiums hier bewiesen haben, bedanken. Gleichzeitig möchte ich mich auch bei den Mitgliedern der Landesregierung bedanken, weil sie sich bei Streitfällen ernsthaft mit der Materie befaßt haben. Aber eines möchte ich denen, die dann in den neuen Landtag einziehen, wünschen und zwar eine größere Aufwertung der Aula gegenüber der Regierungsbank. Was das Verabschieden der Gesetze unter außerordentlichen Bedingungen betrifft, möchte die Landesregierung so gut sein, das nicht zum Normalfall zu machen.

PRÄSIDENT: Somit ist die Sitzung geschlossen. La seduta è chiusa.

ORE 14.15 UHR